Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 22 | Juli 1978 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Nieder mit dem imperialistischen Mordarsenal!

Neutronenbombenhysterie und Abrüstungsillusionen

Während die ersten stürmischen Proteste von Liberalen, Stalinisten und Sozialdemokraten in Europa abgeklungen sind, verbreiten Reformisten jedweder Couleur weiterhin ihre üblichen Abrüstungsillusionen. Beispielhaft in der BRD waren die salbadernden Reden von Gewerkschaftsbürokraten auf dem letzten DGB-Kongreß in Hamburg, in denen sie an die Bundesregierung appellierten, „Schritte einzuleiten, um ein völkerrechtliches Verbot der Neutronenbombe herbeizuführen". Gar zur Don Quichotterie artete es aus, als die Forderung erhoben wurde, beim Bundeskanzleramt ein „Abrüstungsamt" einzurichten, eine Forderung an eine bürgerliche Regierung, die bis Ende der achtziger Jahre 40 Milliarden D-Mark ausgeben will, um die Bundeswehr mit neuen Waffensystemen zu versorgen.

Daß es sich bei den Vorschlägen der imperialistischen Regierungschefs auf der UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung (deren „realistischen" Tenor die *Frankfurter Rundschau* treffend charakterisierte: „Nur Utopisten nehmen noch das Wort Abrüstung in den Mund") um pure Heuchelei und Demagogie handelt, zeigt die Tatsache, daß die NATO im gleichen Zeitraum zwei Gipfeltreffen in Brüssel und Washington abhielt, um das kapitalistische Wehrbündnis erheblich aufzurüsten, um seine Infrastruktur zu verbessern und um ein „Langzeit-Verteidigungsprogramm" zu beschließen. So bedeutet Carters vorläufige Entscheidung, die N-Bombe nicht zu bauen, keineswegs ein Aufgeben der Aggressionsgelüste der USA und der anderen imperialistischen Staaten gegenüber den deformierten/degenerierten Arbeiterstaaten.

Ihren Höhepunkt erreichte die Welle der Empörung gegen die Neutronenwaffe, die Europa überschwemmte, in den Wochen vor Carters Entscheidung am 7. April. In den Niederlanden sammelte eine von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angeführte Bewegung eine Million Unterschriften für eine Anti-Neutronenbomben-Petition, und der Verteidigungsminister trat aus Protest zurück. In der Bundesrepublik erklärte SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, daß es sich bei dieser Waffe um „eine Perversion des menschlichen Denkens" handele. In buchstäblich jedem europäischen Land gingen Tausende auf die Straße, und die Presse berichtete in Schlagzeilen auf der ersten Seite über jede relevante Prophezeiung hinsichtlich Carters erwarteter Entscheidung.

Angesichts der öffentlichen Entrüstung gegen die grauenhafte Neutronenbombe - der Waffe, die „Menschen und nicht Eigentum zerstört" — erschien sie den Politikern als eine äußerst delikate Angelegenheit, die sie der Verantwortung anderer zuzuschieben versuchten. Carter befragte sein Gewissen und entschied, daß die explizite Zustimmung der westeuropäischen Regierungen zur Stationierung in Europa einer Entscheidung der Vereinigten Staaten, die Bombe zu produzieren, vorangehen müßte. Schmidt wiederum, angesichts der Proteste seiner Parteibasis, bestand darauf, daß die Produktionsentscheidung dem Einverständnis zur Stationierung vorhergehen müßte.

Nachdem dieses Spiel über die Bühne gegangen war, bekundeten die imperialistischen Kalten Krieger ihr helles

Ursprünge revolutionärer Arbeit unter Frauen in Deutschland... 10

Der große US-Bergarbeiterstreik von1978...24

Entsetzen. Pentagongeneräle spekulierten anonym darüber, was Carter zu diesem Schritt bewogen hatte - ist er etwa ein religiös-pazifistischer Schwärmer? Der NATO-Kommandeur (und frühere Nixon-Berater) General Haig drohte mit dem Rücktritt. Westeuropäische Regierungen murrten über *<Ü&* „unberechenbare" US-Politik. Aber schließlich und endlich wird Carters Produktionsverschiebung kaum die Entwicklung der neuen Waffe beeinträchtigen, und die imperialistischen Waffenarsenale wachsen weiter — trotz des ganzen Geredes über den Abschluß eines neuen Salt-Abkommens mit den Russen zur Begrenzung der strategischen Rüstung.

Was ist die Neutronenbombe?

Die Neutronenbombe ist einfach eine sehr kleine Atombombe, die den Großteil ihrer Energie in Form von subatomaren Partikeln mit hohem Durchdringungsvermögen (Neutronen) freisetzt. Laut veröffentlichten Berichten beschränkt sich die Druckwelle und die daraus resultierenden Schäden auf einen Radius von 270 Metern, während die durch die Explosion hervorgerufene Hitze noch weitere 90 Meter reicht. Im Vergleich dazu verursacht ein , kleiner", eine Megatonne starker thermonuklearer Sprengkopf eine Druckwelle mit einem Radius von fünf Kilometern und ist in der Lage, Brände und Verbrennungen dritten Grades bis zu einem 18 Kilometer vom Explosionszentrum entfernten Radius zu bewirken.

Über den Umkreis von 360 Metern hinaus, bis zu einer Reichweite von 1 300 Metern, setzt die Neutronenbombe große Mengen „schneller" Neutronen frei, die ohne weiteres Gebäude und gepanzerte Fahrzeuge durchdringen, ohne diese zu beschädigen. Die Neutronen jedoch verursachen massive Schäden im zentralen Nervensystem. Menschen, die dieser Strahlung ausgesetzt sind, sind innerhalb einer halben Stunde funktionsunfähig und siechen dahin, sie erliegen nach etwa einem Tag den Strahlenschäden.

Die allgemeine öffentliche Haltung gegenüber der Neutronenbombe ähnelt der gegenüber dem Schrecken der chemischen oder bakteriologischen Kriegführung. Während die US-Imperialisten jedoch heuchlerisch von einem großangelegten Einsatz letztgenannter Mittel absehen — aufgrund ihres beschränkten militärischen Nutzens —, ist es unwahrscheinlich, daß sie die Neutronenbombe aufgeben, die sich für eine Vielfalt von militärischen Zwecken eignet, einschließlich ,,chirurgischer" konterrevolutionärer Maßnahmen in der ganzen Welt und in den Vereinigten Staaten selbst. Die NATO betrachtet die N-Bombe als Antwort auf die überwältigende Überlegenheit, die der Warschauer Pakt an in Zentraleuropa stationierten Panzern besitzt.

Als Trotzkisten sind wir absolut dagegen, daß die bewaffneten Streitkräfte der USA und Westeuropas die Neutronenbombe besitzen, ebenso, wie wir gegen die *gesamten* Militärprogramme der kapitalistischen Regierungen sind. Nicht ein Mann, nicht ein Pfennig darf dem imperialistischen Militär zukommen, dessen Ziel die degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten und die linken und Arbeiterbewegungen auf der ganzen Welt sind! Anstelle immer weiterer „Wunderwaffen" zur Perfektionierung des imperialistischen Mordarsenals fordern wir ein Programm nützlicher öffentlicher Arbeiten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dies wird nicht dadurch erreicht werden, daß man sozialdemokratische und liberale Parlamentarier „bearbeitet", sondern nur durch die Organisierung des Klassenkampfs gegen die Bourgeoisie.

So haben wir ganz andere Ziele als die Stalinisten, Reformisten oder andere Feinde des Klassenkampfs, die das Militärprogramm des US- oder des BRD-Imperialismus *reformieren* wollen, um „friedliebende" Imperialisten gegen die Falken im Pentagon oder auf der Hardthöhe zu unterstützen. Die Stalinisten, die in vorderster Front des hysterischen Geschreis gegen die Neutronenbombe stehen, benutzen die weitverbreitete Abscheu vor dieser Waffe, um der Ideologie des bürgerlichen Pazifismus Vorschub zu leisten. So erklärte der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, kürzlich in einer Rede anläßlich des Breschnew-Besuchs in der Bundesrepublik:

„... wir sagen den in Bonn Regierungsverantwortung tragenden Politikern: ... Wer mit dieser Waffe spielt, der verspielt den Frieden und die Entspannung". Und das DKP-Organ *Unsere Zeit* (26. Mai) berichtete über den „eindringlichen Appell", den die stalinistische Frontgruppe „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" an die Bundesregierung gerichtet hat, „endlich einen konstruktiven Beitrag zur Abrüstung zu leisten". Diese Wehklagen über die „Unvernunft" der westdeutschen imperialistischen Regierung zeugen nur erneut von den impotenten Bemühungen der Moskaustalinisten, einen „progressiven Block" mit Teilen der Bourgeoisie und mit den Sozialdemokraten aufzubauen.

Ein „Kompromiß"

Die ganze Zeit hat die NATO einen „Kompromiß" angepeilt, nämlich einen Versuch, die Bombe zur Erpressung

Fortgesetzt auf Seite 4

Keine Auslieferung von Mohnhaupt, Wagner, Boock und Hoffmann!

13. Juni 1978 - Seit dem 12. Mai hält Jugoslawien Brigitte Mohnhaupt, Rolf-Clemens Wagner, Peter Boock und Sieglinde Gudrun Hoffmann gefangen. Sie werden verdächtigt, Mitglieder der Roten Armee Fraktion zu sein.

Wir fordern den jugoslawischen deformierten Arbeiterstaat auf, keinen schmutzigen Handel mit der westdeutschen imperialistischen Regierung einzugehen: deutsche „Terroristen" gegen in der BRD lebende kroatische Tito-Gegner. Wir sind allerdings für die Auslieferung der letzteren an Belgrad, sofern es sich um kroatische Faschisten handelt. So beispielsweise Marko Krpan und Pavle Perovic, die vor zwei Jahren den jugoslawischen Vizekonsul in Düsseldorf ermordeten. Aber alle in Jugoslawien inhaftierten westdeutschen angeblichen Terroristen müssen freigelassen werden.

Ganz gleich, wie fehlgeleitet, dumm und dem revolutionären Kampf abträglich die terroristische Taktik der RAF ist, waren doch die Taten, derer man die in Jugoslawien Inhaftierten anklagt, gegen den Klassenfeind gerichtet und keine Verbrechen gegen die arbeitenden Massen. Darüber hinaus muß angesichts der hohen Rate von Todesfällen von RAF-Mitgliedern, die unter äußerst mysteriösen Umständen ums Leben gekommen sind, klar sein, daß die Vier bei einer Auslieferung in Lebensgefahr sind.

Keine Auslieferung! Freiheit für alle inhaftierten Mitglieder der RAF, für alle linken Gefangenen! Schluß mit der „Anti-Terroristen "-Jagd!

Weg mit den Bonner KPD-Prozessen!

Nach fünf Jahren stehen Anhänger der KPD bzw. der Liga gegen den Imperialismus, des Landfriedensbruchs angeklagt, vor Gericht. So lange benötigte die Bourgeoisie, um „Beweise" für die angeblichen Verbrechen der Angeklagten zu finden. Die KPD-Anhänger hatten gemeinsam mit anderen Gegnern des südvietnamesischen Schlächters Thieu gegen dessen Besuch in Bonn am 10. April 1973 demonstriert und ihren Protest gegen die Unterstützung des BRD-Imperialismus für das Marionettenregime in einer Besetzungsaktion des Bonner Rathauses gipfeln lassen. Wenn die bürgerliche Justiz heute gegen die KPD zum Schlag ausholt und im letzten der drei Prozesse auch gegen die Rädelsführer", die KPD-Führer Semler, Horlemann und Hommerich, vorgehen will, so richtet sich dieser Schritt gegen die gesamte Linke. Dieser erneute Versuch der Verfolgung von linken Organisationen über ein Zuschlagen gegen deren Mitglieder muß energisch bekämpft werden: Nieder mit den politischen Prozessen gegen die KPD!

Die KPD ist jedoch nicht zu einer leninistischen Aktionseinheit zu ihrer Verteidigung bereit, durchgeführt nach den Prinzipien der Freiheit der Propaganda jeder der beteiligten Organisationen und der Einheit in der Aktion. Anstatt eine reine Verteidigungslosung zur Grundlage zu machen, schlägt die KPD eine politische Plattform vor, die von vornherein andere Organisationen ausschließen muß. Mit dieser sektiererischen Haltung spielt sie der Bourgeoisie in die Hände. Doch die KPD muß trotz ihrer eigenen Borniertheit verteidigt werden!

Fünf Jahre danach

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der KPD diese Anklage peinlich ist. Die *Frankfurter Rundschau* (9. Mai) stellte bei allen Prozeßbeteiligten, auch bei den Angeklagten, „eine Tendenz zur Lustlosigkeit" fest. „Am liebsten würde man den Fall wohl vergessen ..." Ihre neue Respektabilität will zu der alten moralisierend-abenteuerlichen Politik nicht so recht passen. Die gegenwärtige „Verteidigung der Republik" seitens der KPD steht in zu schroffem Gegensatz zu ihrer ehemaligen Konfrontationspolitik. Wenn die KPD jedoch die Form ihrer Politik geändert hat (z. B. ihre RGO-Politik aufgegeben hat), so war das Grundelement ihrer Politik schon damals, was es heute ganz offen und unverhüllt ist: Klassenzusammenarbeit. Im diesjährigen Druckerstreik tat sich die KPD damit hervor, daß sie für die Gewerkschaftsbürokratie Flugblätter verteilte.

Aus der Neuen Linken stammend, war die KPD mit ihrer harten „Parteipolitik" zum Attraktionspol für viele Aktivisten der Studentenbewegung geworden, deren kleinbürgerlicher Moralismus in der stalinistischen Politik und Organisationsform aufgehen konnte. Die seit 1973 aufgestellte Losung „Für die Einhaltung des Pariser Abkommens" (noch bis zum Sturz des Thieu-Regimes von der KPD vertreten) entbehrte in diesem bitteren Bürgerkrieg jeder Realität und verschleierte die stalinistische Verratspolitik. Die KPD schreibt in ihrem Vorschlag für eine Verteidigungsplattform in der *Roten Fahne* Nr. 20 (17. Mai): „Inzwischen wurden die Forderungen der Vietnam-Bewegung erfüllt." Doch der schmähliche, von den indochinesischen Stalinisten propagierte und von der KPD sekundierte Ausverkauf des jahrzehntelangen Bürgerkriegs hat nicht stattgefunden: In Vietnam ist aufgrund des Zusammenbruchs des Thieu-Regimes und durch die militärische Zerschlagung des bürgerlichen Staates im Süden ein deformierter Arbeiterstaat entstanden. Die südvietnamesische Bourgeoisie, die von den Stalinisten als Bündnispartner in einem „patriotischen" Regime ausersehen war, existierte einfach nicht mehr, sie war in die Gefilde ihres Schutzherrn, des US-Imperialismus, geflohen. Das Pariser Abkommen hatte ein „neutrales" Vietnam vorgesehen, das die Rechte der „patriotischen" Grundbesitzer, der Kompradorenbourgeoisie und der ausländischen Kapitalinvestitionen sicherte. Die Bonner Rathausbesetzung war in ihrer perspektivlosen Militanz nichts anderes als das Gegenstück zur kapitulantenhaften Politik der KPD.

Die Losung der internationalen Spartacist Tendenz dagegen war: Nehmt Saigon ein! Ganz Indochina muß kommunistisch werden! Wir propagierten den militärischen Sieg der FNL. Wir verlangten deren vollste Unterstützung, die Versorgung mit modernsten Waffensystemen durch die VR China und die UdSSR. Wir traten für Solidaritätsstreiks der internationalen Arbeiterklasse ein. Doch verbanden wir dies nie mit dem geringsten politischen Vertrauen in die Führung der FNL/DRV. Unser Ziel bleibt ein revolutionärer Arbeiterstaat in Vietnam, gestützt auf Arbeiter- und Bauernräte, ein kommunistisches Indochina. Durch die proletarische politische Revolution gegen die parasitäre Bürokratie, geführt von der leninistischen Partei, wird dies erkämpft werden!

Für unabhängige Klassenpolitik

Wie im Vietnamkrieg oder bei der Verteidigung der KPD-Anhänger beziehen wir auch in allen anderen politischen Fragen klare Klassenpositionen. In einem Krieg zwischen zwei chauvinistisch bornierten Bürokratien deformierter Arbeiterstaaten wie im Fall Vietnams und Kambodschas ergreifen wir nicht Partei für eine der beiden Seiten, sondern kämpfen für den Sturz *beider* Bürokratien, die in solchen Kriegen leichtfertig die proletarischen Grundlagen der Arbeiterstaaten aufs Spiel setzen, und für die politische Macht der Arbeiterklasse. Bei einem Angriff des US-Imperialismus auf die bürokratisch degenerierte Sowjetunion oder auf einen der deformierten Arbeiterstaaten, sei es Kuba, Albanien oder die VR China, kämpfen wir für die *bedingungslose Verteidigung* der Arbeiterstaaten.

Zu einer solchen Klassenpolitik ist die KPD jedoch weder willens noch fähig. Ihre „Drei-Welten-Theorie" treibt sie zum Paktieren mit dem Imperialismus. Ihre antikommunistische Propaganda gegen den Besuch des Bürokraten Breschnew ließ sie in Hamburg mit der Jungen Union und in Bonn gar mit der NPD in einer Front stehen. Seit den schärfer werdenden Auseinandersetzungen zwischen der VR China und Vietnam dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die früheren Verehrer von Giap und Ho Chi Minh in Vietnam einen gefährlichen Vorposten des „sowjetischen Sozialimperialismus" erblicken.

Die imperialistische Intervention in Zaire hat erneut den Bankrott des internationalen Maoismus und der KPD eklatant zum Ausdruck gebracht. Unter der Parole „Der sowjetische Sozialimperialismus ist heute der gefährlichste Feind der Völker Afrikas" sprach sich die KPD offen für den Eingriff französischer Fallschirmjäger in Zaire aus, um das korrupte Mobutu-Regime zu stützen. Und die KPD unterstützt darüber hinaus die Bildung einer afrikanischen Streitmacht unter den Fittichen des französischen Imperialismus:

> „Der Vorschlag zur Bildung einer interafrikanischen Streitmacht gegen die sowjetische Bedrohung kann ein

Schritt in die richtige Richtung sein. Wenn Frankreich eine solche Streitmacht unterstützt, werden die afrikanischen Länder diese Hilfe sicher annehmen" *(Rote Fahne* Nr. 22, 31. Mai).

So manche Genossen der KPD, die aus Entrüstung über die Unterstützung des BRD-Imperialismus für das blutige Marionettenregime Thieus 1973 das Bonner Rathaus stürmten, haben eine so konsequente Entwicklung der konterrevolutionären Politik der KPD sicher nicht für möglich gehalten. Wir fordern sie auf, die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu studieren, mit der stalinistischen Verratspolitik zu brechen und sich einer revolutionären, einer trotzkistischen Perspektive, zuzuwenden.

Trotz unserer der Politik der KPD diametral entgegengesetzten Perspektive verteidigen wir sie gegen die Angriffe der staatlichen Justiz. Es ist klar, daß die KPD nicht aufgrund ihrer Klassenkollaboration Zielscheibe bürgerlicher Repression ist, sondern wegen ihrer einstigen Militanz im Kampf gegen den imperialistischen Krieg in Vietnam vor Gericht steht. Ein Grund mehr für Kommunisten und die gesamte Arbeiterbewegung, diese Prozesse zu Fall zu bringen!

Für die sofortige bedingungslose Einstellung aller Prozesse gegen die Bonner Rathausbesetzer!

Neutronenbombe...

Fortsetzung von Seite-2

wesentlicher Konzessionen seitens der Sowjets in den SALT-Gesprächen zu benutzen. Danach hätten die Vereinigten Staaten die Produktion der N-Bombe in Auftrag geben und mit ihrer Stationierung in Europa drohen sollen, wenn die Sowjetunion ihre neuen ballistischen SS-20-Mittelstrecken-raketen dort installieren würde.

Carter torpedierte jedoch den „Kompromiß" und ließ die NATO-Tagung vom 20. März platzen, die diese dann verschobene Erpressung hätte beschließen sollen. Das Weiße Haus hat die „starken persönlichen Meinungen ... und Zweifel über die moralische Zulässigkeit der nuklearen Kriegsführung", die Carter zum Zögern veranlaßten, ziemlich hochgespielt. Ausschlaggebender war jedoch die Forderung des Präsidenten, die Bürde für die Produktion der unpopulären Horrorwaffe nur auf sich nehmen zu wollen, wenn er vorher die Zustimmung seiner NATO-Alliierten für die Stationierung dieser Waffe in Europa erhalte. Nachdem es ihm nicht gelungen war, diese Zusicherung zu bekommen, fällte er seine scheinbare Entscheidung „gegen" die Neutronenbombe, während er gleichzeitig anordnete, daß NATO-Waffen, besonders die Lance-Rakete und die Acht-Zoll-Kanone der US-Armee, als Trägerwaffen für diese Bombe ausgerüstet werden. Wie ein amerikanischer Regierungssprecher es ausdrückte:

„Carters Entscheidung führt uns zu 90 Prozent an den Punkt heran, wo wir wären, wenn wir uneingeschränkt grünes Licht gehabt hätten" *(Newsweek,* 17. April). Obgleich die bürgerliche Politik gewiß ihre bizarren Seiten hat, ist die Neutronenbombenkontroverse überhaupt nicht witzig. Der Grund dafür liegt nicht, entgegen dem Glauben der diversen pazifistischen und stalinistischen Gegner der N-Bombe, in den besonderen Eigenschaften dieser letzten kapitalistischen Waffe". Verdächtig an der Aufmerksamkeit, die die Bourgeoisie einem kleinen Atomsprengkopf schenkt, ist die Tatsache, daß sie von den gewaltigen Anstrengungen ablenkt, die unternommen werden, um den NATO-Moloch — die auf das sowjetische Kernland gerichteten Streitkräfte — gründlich in Schuß zu bringen.

US-Imperialismus verstärkt NATO-Streitkräfte

In einer von der US-Regierung in Auftrag gegebenen Studie von 1977 wird ein ziemlich düsteres Bild von den NATO-Armeen in Mitteleuropa gezeichnet. In ihr wird vor allem der Zwei-zu-Eins-Vorteil, den der Warschauer Pakt in Panzern, und der Drei-zu-Zwei-Vorteil, den er zahlenmäßig an Truppen besitzt, hervorgehoben. Es wird auch festgestellt, daß der überlegene Nachschub der Sowjets die Vorwarnzeit, die die NATO-Streitkräfte im Falle eines Angriffs hätten, reduziert.

Die Studie zog im August letzten Jahres eine Direktive Carters nach sich, derzufolge die NATO-Kräfte verstärkt werden sollen, eine Anweisung, die im Bericht des US-Verteidigungsministers Harold Brown von 1978 an den amerikanischen Kongreß zum Ausdruck kam und in seinem Budget für 1979 in die Tat umgesetzt wurde. Letzteres hat die Bezeichnung „NATO-Budget" erhalten. Der reale dreiprozentige Anstieg der Finanzmittel, die in dem Vorschlag für 1979 gefordert werden, ist größtenteils für Ausgaben in Europa gedacht — für neue Waffen und für eine stärkere Integration und Koordination der imperialistischen Militäraktivitäten. Von besonderer Bedeutung ist die Betonung auf die Panzerkriegführung. Brown plant, im Zeitraum von neun Jahren 4,7 Milliarden Dollar für die Produktion eines neuen Panzers auszugeben, des XM-1, und projektiert zusätzliche massive Ausgaben für lasergelenkte Panzerabwehrraketen, taktische nachrichtendienstliche Mittel und taktische Flugzeuge.

Aufschlußreicher als irgendwelche etatmäßigen Einzelheiten ist die begleitende Rhetorik. Im ganzen letzten Jahr haben zentrale bürgerliche politische und militärische Persönlichkeiten in Artikel nach Artikel in solch offiziösen Publikationen *wie Atlantik Council Quarterly* und *Orbis* in zunehmend verzweifeltem Ton das Kräftegleichgewicht in Zentraleuropa beschrieben -- und in zunehmend drohendem Ton die notwendige Antwort.

So behauptet der belgische General Robert Close, in der BRD von Kalten Kriegern wie dem CDU-Wehrexperten Wörner unterstützt, in seinem kürzlich erschienenen Buch *Europa ohne Verteidigung,* daß russische Truppen bei einem konventionellen Angriff des Warschauer Pakts inner-



Stalinisten wollen imperialistisches Militär reformieren



Der westdeutsche Imperialismus sucht sich wieder seinen „Platz an der Sonne"

halb von 48 Stunden am Rhein stehen würden. Der liberale Senator Gary Hart ging sogar noch weiter, indem er behauptete, daß die sowjetischen Streitkräfte „praktisch mühelos den Ärmelkanal erreichen würden". Sogar noch anschaulicher war das Bild, das der einflußreiche Senator Sam Nunn an die Wand malte, der sich zum Henry Jackson der konventionellen und taktischen atomaren Kriegführung gemausert hat:

„Womit die NATO an der innerdeutschen Grenze konfrontiert wird, sind nicht nur 935 000 Truppen sondern 935 000 Pakt-Truppen, die für einen Blitzkrieg organisiert, eingesetzt, trainiert und ausgerüstet werden und die von einer auf Überraschungsangriffen basierenden Doktrin geleitet werden und einem angenommenen Vormarschtempo von 70 Kilometern pro Tag." Am aufschlußreichsten war die Rede Carters, die er im März an der amerikanischen Lake Forest University hielt, in der er mehr oder weniger drohte, jeder weiteren russischen Waffe eine eigene entgegenzusetzen. Die Rede wurde von niemand anderem als Sam Huntington verfaßt, einem der Chefplaner des Vietnamkrieges.

Für die Militärstrategen des Imperialismus, verfolgt von der Vision eines vom Westen gegen die auf westdeutschem oder belgischem Boden stehenden sowjetischen Panzerdivisionen geführten Krieges, wurde die Entwicklung einer Panzerabwehrwaffe mit minimalen „Begleitschäden" ausschlaggebend. Die Neutronenbombe scheint dafür ideal geeignet zu sein.

Die Bemühungen, das Todesarsenal der NATO noch weiter aufzurüsten und es effektiver zu organisieren, sind je-doch gar nicht so einfach, wie die gehässigen Sticheleien zwischen Schmidt und Carter zeigen. Die US-Kapitalisten, deren Dollar immer noch gegenüber der D-Mark fällt, haben wiederholt die Weigerung ihrer westeuropäischen Alliierten getadelt, die Militärausgaben zu erhöhen. Die europäischen Bourgeoisien wiederum sind in höchstem Grade kritisch gegenüber dem, was sie als Sabotage ihrer Sicherheit durch die bilateralen Gipfeltreffen der USA mit der Sowjetunion ansehen. Zusätzlich hat die griechisch-türkische Rivalität zu einer Paralysierung der Südflanke der NATO geführt.

Trotz dieser innerimperialistischen Spannungen gibt es jedoch einen Konsens unter den imperialistischen Mächten (sowie China und den Maoisten), daß eine großangelegte Aufrüstung des Westens notwendig ist. Und im Gegensatz zu den Ansichten der prosowjetischen Stalinisten ist diese Haltung nicht auf eine Bande bösartiger Kalter Krieger beschränkt. Es ist bezeichnend für das Ausmaß, in dem die bürgerliche öffentliche Meinung nach rechts gegangen ist, daß die Aufgabe irgendeines Waffensystems, sogar im Austausch für eine effektivere Waffe, als eine fundamentale Kapitulation vor dem Warschauer Pakt angesehen wird. Deswegen die Scharmützel über den amerikanischen B-l - Bomber und die Neutronenbombe.

Imperialistische Kriegsvorbereitungen

Obwohl die wachsenden imperialistischen militärischen Vorkehrungen, denen durch Carters "Menschenrechts"-Propagandaoffensiven politisch der Boden bereitet wird, sich auf Europa konzentrieren, haben sie doch einen weit darüber hinaus gehenden, ziemlich umfassenden Charakter. Carter z. B. versprach in seiner Wahlkampagne, die Verteidigungsausgaben zu kürzen; jetzt schlägt er die Erhöhung dieser Ausgaben bis auf 173 Milliarden Dollar im Jahr 1983 vor. Browns Budget für 1979 sieht, zusätzlich zur Aufrüstung der NATO, eine außerhalb Europas stationierte spezialisierte „rapid reaction strike force" vor, die aus zwei Divisionen Luftlandetruppen und aus einer Marineinfanteriedivision bestehen soll, alle drei insgesamt 100 000 Mann umfassend. Solch eine Armee würde es den Imperialisten ermöglichen, kurze Blitzangriffe auf die Länder am Persischen Golf, auf die saudiarabischen Ölfelder oder auf die südlich der Sahara liegenden Gebiete Afrikas durchzuführen. Gleichzeitig hat Carter eine Verzögerung seines versprochenen Truppenabzugs aus Südkorea um mindestens ein Jahr angekündigt.

Bedeutsamer ist das zielbewußte Streben des Pentagon auf die Schaffung einer „Fähigkeit zum atomaren Erstschlag". Seit einiger Zeit rühren US-Luftwaffengeneräle die Trommel für die Produktion einer neuen Generation von ballistischen Raketen. Diese Raketen sollen über eine weit größere Genauigkeit verfügen, als für die Zerstörung einer Stadt notwendig ist — d. h. die Art von Genauigkeit, die erforderlich wäre, um eine sowjetische ballistische Interkontinentalrakete (ICBM) in ihrem Abschußsilo zu zerstören. So hat der amerikanische Verteidigungsminister grünes Licht für die Herstellung des Sprengkopfs MK-12A gegeben und die Finanzmittel für eine von einer mobilen Rampe abschießbaren ICBM, die sogenannte MX-Rakete, verfünffacht.

Die offizielle Begündung für diese Entscheidung ist ein angebliches schnelleres Anwachsen der sowjetischen landgebundenen Waffensysteme gegenüber den amerikanischen. Das ist eine offenkundige Verfälschung. Zum einen ist es die Sowjetunion, die sich Sorgen machen müßte, da ihr ICBM-Potential landgebunden und in einem geringen Bereitschaftszustand ist. Darüber hinaus ist, wie der Militär-

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 70

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.





Hochmoderne sowjetische T-72 Panzer, die die NATO zu gerne ausschalten möchte...

Neutronen-bomben-Träger „Lance"

analytiker der *New York Times* Drew Middleton in einem Artikel vom 10. Oktober bemerkte, der Aufwand von mindestens 30 Milliarden Dollar für eine solche erhöhte Beweglichkeit von landgebundenen ICBMs recht merkwürdig, da die US-Imperialisten gegenwärtig zugeben, 656 ziemlich bewegliche und einsatzbereite Raketen an Bord von Unterseebooten zu besitzen. Der wirkliche Vorteil der MX liegt darin, daß sie — im Vergleich zu der gegenwärtig eingesetzten Interkontinentalrakete Minuteman III mit ihren drei Sprengköpfen — mit sieben bis vierzehn unabhängig voneinander abschießbaren und lenkbaren sowie extrem treffsicheren Sprengköpfen bestückt ist.

Gleichzeitig hat das Pentagon die Absicht, eine ganze Batterie von Waffen aus der Welt Perry Rhodans zu entwikkeln, um zu versuchen, sowohl die U-Boot-Streitmacht als auch die Nachrichtensatelliten der Sowjetunion auszuschalten. Um letzteres schmackhaft zu machen, sind die bizarrsten Falschmeldungen ausgeheckt worden. So erschienen im Oktober 1975 zahlreiche Leitartikel über sowjetische „Todesstrahlen", die zeitweise US-Satelliten außer Gefecht gesetzt hätten. Monate später wurde enthüllt, daß diese Strahlungen einem großen Feuer bei einer russischen Erdgaspipeline entstammten.

Westeuropäischer Militarismus im Aufwind

Obwohl der US-Imperialismus politisch, militärisch und technologisch die Führung im nordatlantischen Aggressionsbündnis innehat, ist er beileibe nicht die einzige Kraft in der NATO. Die Bedeutung der westeuropäischen Alliierten wächst, während die USA die Rolle des primus inter pares einnehmen. Frankreich z. B. hat nicht nur seine eigene atomare „force de frappe"; es erweist sich mit seinen Truppeneinsätzen im Tschad, in Mauretanien und in Zaire auch als der imperialistische Gendarm Afrikas. In Zaire waren ebenfalls belgische Paras mit von der Partie. Beide Länder, vor allem Frankreich, erfüllen Aufgaben, die die vom Vietnamdebakel immer noch nicht völlig erholten Vereinigten Staaten auf dem afrikanischen Kontinent gegenwärtig nicht durchführen können. Auf das sowjetisch-kubanische Engagement in Afrika hinweisend, erklärte Carter am 30. Mai auf der Washingtoner NATO-Gipfelkonferenz:

> „Unsere Allianz konzentriert sich auf Europa, aber unsere Wachsamkeit kann nicht auf den Kontinent beschränkt werden... Als Mitglieder der großartigsten Allianz der Welt können wir diesen Ereignissen nicht indifferent gegenüberstehen — aufgrund ihrer Bedeutung für Afrika und ihrer Auswirkungen auf die langfristigen Interessen der Allianz. Ich begrüße die Anstrengungen einzelner NATO-Verbündeter, für den Frieden in Afrika zu arbeiten und Nationen und Völker in Bedrängnis zu unterstützen — wie zuletzt in Zaire" *(Frankfurter Rundschau,* 31. Mai).

Und die Briten, wenngleich ihre Armee vermutlich ein bißchen den Zustand ihres zerfallenen Empires widerspiegelt, stehen auch nicht nackt da. So produzieren sie Waffen, die selbst die hochentwickelte US-Rüstungsindustrie noch nicht hexstellt, wie die Raketen „Sea Skua" und „Sky Flash".

Am prominentesten unter den westeuropäischen Militärapparaten aber figuriert die westdeutsche Bundeswehr, die die Hälfte der Landstreitkräfte der NATO stellt. Nachdem der BRD-Imperialismus jahrzehntelang nur als wirtschaftlicher Riese galt, in den siebziger Jahren begann, sich politisch zu profilieren, gewinnt er jetzt auch langsam militärisch an Gewicht. Nicht mehr zufrieden mit kleinen militärischen Mogadischu-Aktionen und GSG-9-Einsätzen bei der Fußball Weltmeisterschaft in Argentinien, bereitet er sich auf Größeres vor. Zwar stehen direkte Truppeneinsätze in absehbarer Zeit nicht auf der Tagesordnung, aber beim Transport von UNO-„Befriedungs"-Truppen in den Libanon war die Bundeswehr beispielsweise mit ihren Flugzeugen dabei. Und mit der Lieferung von Schnellbooten und Fregatten nach Persien und Argentinien und Leopardpanzern an

Korrektur

Im Artikel „Nieder mit den ‚Anti-Terror'-Gesetzen!" in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 21 ist uns ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen. Die Bezeichnung für die kürzlich in den DGB aufgenommene Polizei-Gewerkschaft muß GdP, nicht DPG (Deutsche Postgewerkschaft), lauten.

westliche Verbündete auf dem ganzen Erdball entwickelt sich die BRD zu einem der größten Waffenexporteure der Welt. Gegenwärtig diskutieren die Bonner Planer auf der Hardthöhe Maßnahmen, um die Armee schlagkräftiger zu gestalten.

Am bedeutsamsten aber ist die Tatsache, daß die Bundeswehr bei einer militärischen Konfrontation mit den Arbeiterstaaten, vor allem mit der DDR und der UdSSR, neben der US-Army die Hauptstreitmacht ausmacht. Ein Umstand, der noch einmal die Notwendigkeit für Kommunisten unterstreicht, nicht in Pazifistenmanier hilflos nach Abrüstung" zu schreien, sondern in der Tradition Karl Liebknechts zu handeln: kompromißloser Kampf gegen den Militarismus der imperialistischen Staaten!

Stalinisten betreiben bürgerlichen Pazifismus

Gegenüber diesem militärischen Aufmarsch stellen die Forderungen der Neutronenwaffengegner den Gipfel der Torheit dar — und natürlich nehmen die moskauorientierten Stalinisten die erste Stelle unter den Verbreitern pazifistischer Illusionen ein.

Neutronenbombe hin, Neutronenbombe her, der US-Imperialismus verfügt auch ohne sie schon über 7 000 taktische Atomsprengköpfe auf dem europäischen Kontinent -und wird sie einsetzen. Das einzige ernsthafte Argument der Anti-Neutronenbomben-Bewegung, der gemeinsame Nenner, auf dem Stalinisten, der Papst, Pazifisten, Sozialdemokraten und Liberale sich treffen, lautet, daß die Neutronenbombe die „atomare Schwelle" senkt, d. h. daß ihre geringen „Begleitschäden" es wahrscheinlicher machen, daß sie eingesetzt wird.

Wenn man ein Strategieanalytiker der US-Rand Corporation ist, für den der Krieg einfach eine Fortsetzung seiner Planspiele mit anderen Mitteln bedeutet, dann ergibt das vielleicht einen Sinn. Aber für die imperialistischen Generäle handelt es sich beim Krieg um eine Frage von Leben und Tod, und da gibt es kein Tabu. Tatsächlich bestimmt die neue Dienstvorschrift der US-Armee, daß taktische Atomwaffen die NATO-Strategie auf dem Schlachtfeld *dominieren* und legt fest, daß jeder Kommandeur eine große Anzahl (50 oder mehr) von nuklearen Geschossen mit hoher Sprengkraft abzuschießen hat.

Es handelt sich um einen seit Jahrzehnten notorischen Aspekt der Politik der stalinistischen Irreführer, sich auf die unpopulärste Waffe als Mittelpunkt der Propaganda ihrer als „Friedensfreunde" auftretenden Frontgruppen zu konzentrieren. Und angesichts der UNO-Sonderabrüstungskonferenz versuchen die Stalinisten, aus der Neutronenbombe soviel wie möglich herauszuschlagen. (Eine „Waffe gegen Menschen und nicht gegen Eigentum"? Das sind Pfeil und Bogen schließlich auch.) Was in der ganzen Neutronenbombenhysterie vergessen wird, ist die Tatsache, daß in den von Stalinisten so geschätzten bürgerlichen Kreisen Waffen im allgemeinen dann unpopulär sind, wenn die Frage ihrer Effizienz umstritten ist. Und so beschert dann in der Regel jeder „Sieg" über einzelne Waffengattungen die Produktion der nächst besseren: nach dem Verzicht auf die ABM-Raketen kamen die MIRV; der „Sieg" über die B-l-Bomber brachte die Cruise Missile. Nach jedem dieser „Siege" wurde die imperialistische militärische Position in der Tat verbessert.

SALT

Bestandteil dieser ganzen Manöver ist auch der kriminelle stalinistische Schwindel, das Terrorarsenal der Bourgeoisie sei reformierbar, Kanonen seien gegen Butter austauschbar, nämlich durch Abrüstungsverhandlungen.

Im Gegensatz zu den Illusionen der Reformisten sind die Abrüstungsvereinbarungen entweder bedeutungslose Publicityaktionen oder aber Bestandteil der imperialistischen militärischen *Offensive.* Unter den SALT-I-Vereinbarungen . verdreifachten die USA ihr Arsenal an strategischen Sprengköpfen, indem sie ihre Interkontinentalraketen mit MIRVs bestückten. Carters SALT-Offensive im letzten Jahr lief auf die Forderung nach einer buchstäblichen Einstellung des sowjetischen strategischen Rüstungsprogramms hinaus, und der Entwurf für die SALT-II-Vereinbarung, die noch nicht abgeschlossen ist, wird es den Vereinigten Staaten erlauben, ihre B-52-Bomber (oder ihre 747-Boeings) mit den tödlichen Cruise Missiles auszurüsten und ebenfalls die Anzahl ihrer strategischen Trägerwaffen zu erhöhen. Selbst unter diesen Bedingungen haben amerikanische Falken wie der prominente demokratische Senator Henry Jackson erklärt, sie würden einen (wahrscheinlich erfolgreichen) Kampf gegen die Ratifizierung des Abkommens führen.

In ähnlicher Weise versuchen die USA, ihre militärische Stellung bei den Wiener MBFR-Verhandlungen (über „beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen") zu stärken. Diese Gespräche sind steckengeblieben, als die NATO 1975 vorschlug, daß die Sowjets als Gegenleistung für den Abzug von 1 000 taktischen Atomsprengköpfen und 29 000 Mann amerikanischer Truppen eine ganze Armee aus der DDR abziehen sollten!

Für die bedingungslose Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus

Angesichts der wachsenden aggressiven Bestrebungen der NATO wird die Losung der bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten gegen die kapitalistische Militärmaschinerie von immer zentralerer Bedeutung. Nicht so für die Pabloisten des Vereinigten Sekretariats (VS). Die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) etwa verliert in ihrem zentralen Artikel in *was tun* (10. April) über die Neutronenbombe *kein Wort* über diese zentrale trotzkistische Forderung. Stattdessen wärmt sie das Geschwafel von der qualitativ größeren Gefahr der Neutronenbombe gegenüber anderen Atomwaffen auf — nicht zuletzt wohl aus Rücksicht auf ihre neue grüne Avantgarde,

Für proletarische Aktionseinheit gegen die Faschisten!

17. Juni in FrankfurtIMain: Polizei schützt nationalen Faschistenaufmarsch, zerschlägt linke Gegenkundgebung. Das folgende Flugblatt wurde von der TLD auf der Gegenkundgebung verteilt.

Der 17. Juni gehört der deutschen Arbeiterklasse, nicht den bürgerlichen Revanchisten und den faschistischen Banden! Am 17. Juni 1953 folgte das Proletariat der DDR, darunter die Belegschaften *sämtlicher* Großbetriebe, dem Aufruf der streikenden Ostberliner Bauarbeiter vom Vortage. Mit einem Generalstreik, der zu den machtvollsten in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gehört, versuchten die ostdeutschen Arbeiter, die bürokratisch-stalinistische Staatsführung zu stürzen und für ihre eigene Macht zu kämpfen. Was fehlte — in der DDR wie in der BRD —, war eine revolutionäre Partei, die den Kampf für die proletarische politische Revolution gegen die DDR- und Sowjetbürokratie und für die soziale Revolution im Westen hätte führen können, um die *revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands* zu erreichen.

In der Bundesrepublik und Westberlin verhinderten die sozialdemokratischen Irreführer der westdeutschen Arbeiterbewegung, daß der Ruf der Ostberliner Arbeiter, die zum *Generalstreik in ganz Deutschland* aufgerufen hatten, aufgenommen wurde. Und sie ließen es zu, daß die westdeutsche Bourgeoisie diesen proletarischen Kampftag zu einem Tag antikommunistischer Festreden pervertierte.

Daran knüpft der diesjährige Faschistenaufmarsch in Frankfurt an, zu dem von der NPD bis zu den diversen paramilitärisch geschulten Banden das gesamte Spektrum des faschistischen Abschaums mobilisiert. Obwohl sich die Bourgeoisie heute keineswegs auf diese Kräfte stützt, werden die Faschisten dennoch vom bürgerlichen Staat toleriert: als Reservearmee, die in einer zugespitzten Situation der Klassenkämpfe ihre Rolle als Verteidiger des Privateigentums, als Mörder der Arbeiterbewegung wieder spielen soll. Die keimende faschistische Konterrevolution zu unterschätzen würde bedeuten, die Erfahrungen der grauenhaften historischen Niederlage des deutschen Proletariats in den dreißiger Jahren zu ignorieren, als es dem Faschismus gelang, gestützt auf eine Massenbewegung des pauperisierten Kleinbürgertums und durch den Verrat von Sozialdemokratie und Komintern die Arbeiterbewegung zu atomisieren und in einer Orgie des Rassismus und Nationalismus in den Abgrund des imperialistischen Krieges zu stürzen.

Der Kampf gegen die Faschisten muß von Anfang an mit äußerster Unerbittlichkeit geführt werden. Es darf keine Tribüne für Faschisten geben, wo sie ihre Propaganda des Völkermords und des blutigen Terrors gegen die Arbeiterklasse verbreiten können! Die pseudotrotzkistische GIM dagegen hält die Frage, ob man „auch faschistischen Organisationen ... demokratische Rechte" zubilligen soll oder ob „jegliche faschistische Propaganda immer und überall zu unterbinden" ist, für eine „rein taktische", eine ‚greine Zweckmäßigkeitsfrage" *(die Internationale* Nr. 11). Sie

---

den von ihr mitinitiierten und mitgetragenen ökologistischen „Aktionskreis Leben" — und öffnet so pazifistischen und reformistischen Illusionen Tür und Tor.

Die reformistische amerikanische Socialist Workers Party (SWP), ebenfalls ein Bestandteil des VS, geht so weit, dem stalinistischen Friedensschwindel indirekte Unterstützung zu geben. Ihr führender Theoretiker Joseph Hansen schob im letzten Jahr den Rüstungswettlauf der UdSSR und den USA gleichermaßen in die Schuhe. Und dem SWP-Führer David Frankel zufolge würde eine authentische revolutionäre Regierung „leichte militärische Nachteile (akzeptieren), um zur Klärung der politischen Fragen beizutragen, mit denen die Massen auf der ganzen Welt konfrontiert sind" *{Militant,* 12. März 1978). Hier propagieren diese Reformisten de facto die *Entwaffnung* der Arbeiterstaaten gegenüber dem Imperialismus.

Trotzkis Bemerkungen aus den dreißiger Jahren bringen die Politik der Zentristen und Reformisten des VS auf einen Nenner: „Wer immer Phrasen über die soziale Revolution mit Agitation für pazifistische Abrüstung kombiniert, ist kein proletarischer Revolutionär, sondern ein jämmerliches Opfer kleinbürgerlicher Vorurteile" („To Young Communists and Socialists Who Wish to Think", *Writings 1935-36).*

Erzreformistische pazifistische Bewegungen zu unterstützen und militärische Nachteile zu akzeptieren, das ist es in der Tat dann auch, was die Kreml-Stalinisten tun — vom Abzug ihrer Truppen von den Westgrenzen der UdSSR am Vorabend des Zweiten Weltkrieges bis hin zu den SALT-Verhandlungen heute.

Die Akzeptierung und Verbreitung bürgerlicher „Abrüstungs"-Pläne, die die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten in eine nachteilige Lage versetzen, stellt für Revolutionäre eines der Verbrechen des Stalinismus dar. Zu der Politik der trotzkistischen Bewegung, die Errungenschaften der sozialen Revolution zu verteidigen, wie sie in der Sowjetunion, in den osteuropäischen und indochinesischen Arbeiterstaaten, in China und Kuba verkörpert sind, gehört als integraler Bestandteil die Verpflichtung für Revolutionäre, diese Pläne zu denunzieren und jene proimperialistischen Reformisten zu entlarven, die ihnen Vorschub leisten. Vor allem aber erfordert die erfolgreiche Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 den Aufbau trotzkistischer Parteien in der Sowjetunion und in den deformierten Arbeiterstaaten, die die arbeitenden Massen zur politischen Revolution führen, um die konterrevolutionären stalinistischen Bürokratien zu stürzen.

Dieser Artikel basiert auf „Neutron Bomb Uproar" in Workers Vanguard W>. *204, 5. Mai 1978*

folgt damit nur ihrer amerikanischen Schwesterorganisation, der Socialist Workers Party (SWP), die sich für die Verteidigung des „freien Rederechts" von Faschisten einsetzt. Und wenn Faschisten nicht nur reden? Ja dann ... dann rufen Reformisten nach dem bürgerlichen Staat! Wie dieselbe SWP, als sie die imperialistische Armee der USA — die Schlächter von Vietnam — aufrief, schwarze Schulkinder in Boston gegen eine Mobilisierung von Rassisten und Faschisten zu schützen.

So auch die hiesige Miniatur-Volksfront, wo sich unter Federführung der DKP-orientierten VVN die Jusos, die Jungdemokraten, das SB, die Katholische Studentengemeinde, die Zionistische Jugend, die Societas Populorum Progressio (?), die SDAJ und ähnliches mit den üblichen „demokratischen Persönlichkeiten" zusammengefunden hat, um zu appellieren ... ja, wozu wohl? „Wir appellieren an Behörden und Justiz, keine Naziveranstaltungen in unserer Stadt zuzulassen. Es gilt, im Geiste der antifaschistischen Traditionen, getreu dem Grundgesetz und der Hessischen Verfassung, die bestehenden Gesetze anzuwenden, um alle Nazi-Provokationen zu verhindern."

Nicht viel anders auch der AStA der Uni Frankfurt, der in einem Flugblatt, das an der Uni auch von Genossen des KB verteilt wurde (!), verlautbarte: „Wir wollen keinen Kampf mit den Faschisten, dies ist nicht unsere Ebene, auf der wir versuchen, unsere Vorstellungen zu verwirklichen." Und das unter der Schlagzeile: „Nazis raus aus Frankfurt und überall anders!" Da bleibt dann wohl nur der Ausweg, auf der „gemeinsamen Kundgebung aller Demokraten, Linken, Antifaschisten" ... an den bürgerlichen Staat zu appellieren. Dieses Konzept des antifaschistischen Kampfes durch Bildung von Volksfrontbündnissen ist nicht neu. Die Arbeiterklasse soll auf Gedeih und Verderb an den Leichnam der bürgerlichen Demokratie gekettet werden, die nichts stärker fürchtet, als die unabhängige Mobilisierung des Proletariats.

Die von der linkssozialdemokratischen SAG und den Roten Panthern ins (kurze) Leben gerufene „Antifaschistische Aktionseinheit" kam durch die Weigerung des VVN-Blocks zustande, diese beiden Organisationen in ihr Bündnis aller Demokraten usw. hineinzulassen. Hinter dem anspruchsvollen Namen verstecken sich daneben noch der Spartacusbund, die GAD, verschiedene Bürgerinitiativen und eine antifaschistische Frontgruppe des KB. Ohne klare Vorstellungen über die geplante *Aktion* hatte dieser Block nichts Eiligeres zu tun, als seine *gemeinsamen Illusionen* zu verbreiten: sein Flugblatt sagt kein Wort über die Gefahr der faschistischen Umtriebe für die *Arbeiterbewegung',* es schließt mit einer Referenz auf das - inzwischen aufgehobene - Verbot der NPD-Kundgebung durch Wallmann. Man dürfe sich *deshalb* nicht auf das Verbot verlassen, weil die Faschisten es vor Gericht anfechten wollen. Als ob man sich *sonst* auf das staatliche Verbot einer Nazi-Versammlung hätte verlassen können!

Inspiriert fühlt sich diese „Antifaschistische Aktionseinheit" von der britischen „Anti-Nazi-League" (ANL), die von der dortigen Schwesterorganisation der SAG angeführt wird. Kein Wunder, daß SAG und „Aktionseinheit versuchen, den ach so erfolgreichen „antifaschistischen Karneval" zu imitieren, ein Popfestival der ANL am 30. April, zu dem Zehntausende in London zusammengeströmt waren. Verschwiegen wird, daß genau einen Tag später (am 1. Mai!!!) die britischen Faschisten der National Front erstmalig durch ein stark von Farbigen bewohntes Stadtviertel marschieren konnten. Völlig ungestört, obwohl die Führer der ANL — wie sie später zugeben mußten — schon mehrere Tage vorher davon Kenntnis hatten.

Die Trotzkistische Liga Deutschlands hat wiederholt zur Bildung einer wirklichen Aktionseinheit gegen das Faschistentreffen am 17. Juni aufgefordert, und das heißt für uns als Leninisten *Einheit in der Aktion bei Freiheit der Propaganda.* Opportunisten dagegen scheuen die Aktion und betreiben stattdessen lieber Propaganda auf kleinstem gemeinsamen Nenner. Trotzkisten kämpfen für die physische Zerschlagung der faschistischen Banden. Aber eine Strategie der Konfrontation von kleinen linken Gruppen mit den Faschisten und ihren Polizei-Beschützern bedeutet abenteuerliche Ersatzpolitik. Die Weigerung, für die Mobilisierung des Proletariats und seiner Massenorganisationen zu kämpfen, findet seine Kehrseite in Appellen an den bürgerlichen Staat und in der Anbiederung an bürgerlich-liberale Kräfte, Kennzeichen der Rechtsentwicklung der vorgeblich revolutionären Organisationen.

Appelle an den bürgerlichen Staat sind ein Aufruf an das Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie, seine *Gesetze* und seine *Polizei* gegen die Faschisten einzusetzen. Gesetze gegen Faschisten (und „andere Extremisten") werden, falls überhaupt erlassen, in der Regel hauptsächlich gegen die Linke eingesetzt. Jede Illusion in eine „antifaschistische" Gesetzgebung des Staates ist genauso fatal wie eine praktische „Aktionseinheit" mit der Polizei, dem bewaffneten Arm des Kapitals. Vielmehr propagieren Revolutionäre in den Gewerkschaften die Losung „Polizei raus aus dem DGB" als zentralen Bestandteil des Programms für die Klassenunabhängigkeit der Gewerkschaft.

Der Kampf gegen den Faschismus ist eine Klassenfrage

Die einzige Klasse, die den Faschismus zerschlagen kann, ist das Proletariat unter Führung seiner revolutionären Avantgarde. Durch die Arbeit von kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, die für den Aufbau einer alternativen revolutionären Führung in den Gewerkschaften kämpfen, muß auch der Kampf für proletarische Massenaktionen gegen die Faschisten aufgenommen werden. Die Notwendigkeit von proletarischen Selbstverteidigungsgruppen, organisiert von den Gewerkschaften, muß propagiert werden. Nur durch die Herausbildung solcher Verteidigungsgruppen, durch den Aufbau einer Arbeitermiliz, kann der Kampf gegen den Faschismus siegreich geführt werden. Revolutionäre Gewerkschaftsfraktionen müssen für diese Losungen kämpfen und den Kampf gegen den reaktionären Mob mit einem Programm für die Machteroberung des Proletariats verbinden. Jeder Sieg über die faschistische Meute wird immer zahlreichere Kräfte um das revolutionäre Banner scharen.

So kämpften unsere Genossen der amerikanischen Spartacist League in Detroit um die Mobilisierung der Gewerkschaften zur Zerschlagung eines faschistischen Buchladens in der Nähe der Autofabrik River Rouge. Die von uns unterstützte Gewerkschaftsfraktion in der Automobilarbeitergewerkschaft in Chicago beteiligte sich führend an der Organisierung einer proletarischen Selbstverteidigungsgruppe, die die Wohnung eines schwarzen Arbeiters gegen die nächtlichen Angriffe von Rassisten verteidigte. Solche Aktionseinheiten sind notwendig zur Verteidigung gegen den faschistischen Terror, sie müssen im Kampf gegen die reformistischen Verräter und die zentristischen Irreführer in den Reihen der Arbeiterbewegung geschaffen werden.

Den Schlußstrich unter Ausbeutung und Unterdrückung, rassistische und nationalistische Hetze wird nur der endgültige Sieg des Proletariats ziehen. Nur durch den Aufbau der revolutionären Partei, durch die Wiederschaffung der Vierten Internationale kann der Kampf für die Errichtung einer Arbeiterregierung geführt werden.«

Ursprünge revolutionärer Arbeit unter Frauen in Deutschland

„Der Zusammenbruch der IL Internationale ist der Zusammenbruch des sozialistischen Opportunismus. Letzterer erwuchs als Produkt der vorhergegangenen friedlichen 'Entwicklungsepoche der Arbeiterbewegung. Diese Epoche lehrte die Arbeiterklasse den Gebrauch so wichtiger Kampfmittel wie die Ausnutzung des Parlamentarismus und aller legalen Möglichkeiten, die Gründung ökonomischer und politischer Massenorganisationen, die Schaffung einer weitverbreiteten Arbeiterpresse usw. Andererseits erzeugte diese Epoche eine Tendenz zur Leugnung des Klassenkampfes und zur Predigt des sozialen Friedens, zur Verneinung der sozialistischen Revolution, zur prinzipiellen Ablehnung illegaler Organisationen, zur Bejahung des bürgerlichen Patriotismus usw. Bestimmte Schichten der Arbeiterklasse ... sowie die kleinbürgerlichen Mitläufer innerhalb der sozialistischen Parteien waren die soziale Hauptstütze dieser Tendenzen und die Träger des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat"

(V. I. Lenin, „Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR "9 Februar 1915).

Teil 2: 1900-1917

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre war die SPD bereits zu einer realen gesellschaftlichen Kraft geworden, die, gestützt auf die mächtigen Industriegewerkschaften, in der Lage war, ganze Sektoren des deutschen Proletariats zu führen und so an die Spitze der internationalen sozialistischen Bewegung gelangt war. Dieses wachsende soziale Gewicht war eine starke treibende Kraft sowohl für den reformistischen als auch für den revolutionären Flügel der Partei; die Linken sahen darin eine reale Möglichkeit für die Partei, das Proletariat zur sozialistischen Revolution zu führen, während sich die Rechten in zunehmendem Maße darauf beschränkten, lediglich ihre machtvolle Verhandlungsposition *innerhalb* der kapitalistischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Das Studium dieser Geschichte wirft ein Licht auf die Frauenfrage, teilweise wegen der bahnbrechenden theoretischen und praktischen Arbeit der SPD in der Vorkriegsperiode. Die Geschichte demonstriert aber auch, was ebenso wichtig ist, durch die Entfaltung der Ereignisse, daß eine genuine Lösung für die Unterdrückung der Frau nicht zu trennen ist von einem revolutionären Weltbild, und daß der Kampf um die Befreiung der Frau mit einer wirklich revolutionären Partei verbunden sein muß.

Es war kein Zufall, daß diejenigen, die wie Zetkin unentwegt für besondere, theoretisch anspruchsvolle, agitatorische und propagandistische Arbeit unter Frauen kämpften, zu den führenden Radikalen der SPD gehörten, die ihre revolutionäre Perspektive beständig gegen alle Formen der Beschränktheit und des Chauvinismus, angefangen beim Tradeunionismus, Parlamentarismus und Nationalismus bis hin zum männlichen Chauvinismus und Feminismus, verteidigten. Viele dieser Genossen gehörten 1916 zu den Gründern der Spartakusgruppe und 1919 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Organisationen, die die revolutionäre Arbeit unter Frauen fortsetzten.

Die Grundlagen werden gelegt

Die Beschlüsse des Gothaer Parteitages von 1896 bedeuteten nach jahrelangen Auseinandersetzungen über die Frauenfrage einen großen Fortschritt. Ein ausführliches Memorandum über die Frauenfrage faßte die Position der SPD zur Organisierung des weiblichen Proletariats in einem Acht-Punkte-Programm zusammen, das Forderungen für das Frauenstimmrecht, gleiche Bildung und gleiche Löhne . für Frauen enthielt. Auf demselben Parteitag wurden Resolutionen verabschiedet, die die Notwendigkeit einer besonderen Arbeit unter Frauen bekräftigten, und die ersten organisatorischen Grundlagen dafür gelegt. Diese Herangehensweise wurde im gleichen Jahr auf einer internationalen Zusammenkunft erneut bestätigt, die in Verbindung

Übersetzt nach „Woman and Revolution" Nr. 9, Sommer 1975

mit dem Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß abgehalten und von ungefähr dreißig Sozialistinnen aus England, Deutschland, Amerika, Holland Belgien und Polen besucht wurde. Auf den Konferenzen von 1896 wurde betont, daß die bürgerlich-feministische Frauenbewegung der proletarisch-sozialistischen grundsätzlich entgegengesetzt ist und erklärt, daß letztere als Teil der revolutionären proletarischen Bewegung organisiert werden muß, weil die menschliche und gesellschaftliche Stellung der Frau untrennbar mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln verknüpft ist. Diese Resolutionen, die eine revolutionäre Perspektive verkörperten, legten die Grundlagen für die Arbeit der SPD in der Frauenfrage um die Jahrhundertwende und waren beispielhaft für die übrige internationale sozialistische Bewegung.

Besondere Organisation für Frauen

Man bewunderte die deutsche Partei besonders wegen ihrer einzigartigen Antwort auf die Organisationsfrage, die die Notwendigkeit der besonderen Arbeit unter Frauen mit der alles beherrschenden Bedeutung einer vereinigten proletarischen Partei in Einklang brachte. Sie entwickelte die Idee einer internen Arbeitsteilung in der Partei, nämlich einer Frauenkommission, die die Arbeit anleitet und mit

einer gesonderten Organisation oder „Sektion" verbunden ist, die von der Partei organisiert und geführt wird. Durch besondere, an Frauen gerichtete Arbeit konnte die Sektion den Einfluß der Partei auf Schichten der proletarischen Frauen ausdehnen, die sonst der Bewegung vielleicht nicht beigetreten wären. Diese Organisationsform ist nach langer Diskussion entwickelt worden und erst nach vielen hitzigen Debatten innerhalb der Partei in Kraft gesetzt worden. Wegen der Vereinsgesetze, die die politische Betätigung von Frauen und Jugendlichen bis 1908 sehr stark einschränkten, hatten sich gesonderte sozialistische Frauenorganisationen, meist unter dem Deckmantel von „Frauenbildungsvereinen" formiert. Die Genossinnen, die diese Arbeit anleiteten, bestanden jedoch darauf, daß man der Arbeit unter Frauen auch dann besondere Aufmerksamkeit schenken müßte, wenn eine solche repressive Gesetzgebung nicht existieren würde.

„Wollten sie (die Genossinnen) den Sozialismus unter die Masse der proletarischen Frauen tragen, so mußten sie deren politische Rückständigkeit, ihre seelische Eigenart, ihre zwiefache Pflichtbürde im Hause und in der Fabrik, kurz alle Sonderheiten ihres Daseins, Wirkens, Empfindens und Denkens berücksichtigen. Demgemäß mußten sie bei ihrer Arbeit zum Teil andere Mittel und Wege einschlagen, andere Methoden anwenden, andere Anknüpfungspunkte suchen wie die Genossen bei ihrer Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter dem männlichen Proletariat" (zitiert in Werner Thönnessen, *Frauenemanzipation - Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933).* Später traten Mitglieder der russischen Bolschewistischen Tendenz und auch der sozialistischen Parteien anderer Länder in ihren Gruppen für besondere Arbeit unter Frauen nach dem deutschen Modell ein: ein Frauenbüro, -komitee oder eine -kommission, um Untersuchungsarbeit, Agitation und Propadanda anzuleiten und besondere, an Frauen gerichtete Publikationen, wie die Zeitung der SPD ,*Die Gleichheit,* herzustellen.

„Den entscheidenden Sieg in dieser Streitfrage haben jedoch in allen Ländern die Verteidiger der deutschen Methode davongetragen — die Vereinigung der weiblichen und männlichen Hälfte der Arbeiterklasse in der Parteiorganisation, während man die separate und eigenständige Agitation unter den Frauen der Arbeiterklasse beibehält" (Kollontai, *Arbeiterinnen kämpfen für ihre Rechte).*

Ende der neunziger Jahre und am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, als sich die SPD von einer kleinen, illegalen Organisation zu einer Massenpartei wandelte, befand sich die gesamte Parteiorganisation in einem Prozeß der Stärkung und Zentralisierung. Teilweise als Ausdruck der wachsenden Beschäftigung mit Wahlarbeit wurden die lose verbundenen lokalen Gruppierungen dazu gedrängt, sich in regionalen Organisationen zu konsolidieren, die sich meistens ungefähr mit den Wahlbezirken deckten; dies war jedoch auch ein gesunder Versuch, eine nationale Partei, fähig zu einer einheitlichen Aktion, aufzubauen. Die Vertrauensmänner hatten die Aufgabe, die lokalen Gruppen mit dem Parteivorstand zu verbinden. Was die Organisation des weiblichen Proletariats betraf, wurden 1892 in jedem Gebiet Vorkehrungen getroffen für besonders gewählte weibliche Vertrauenspersonen (die Partei ersetzte das Wort Vertrauens*mann* offiziell durch das Wort Vertrauens*person*) und einer zentralen weiblichen Vertrauensperson zur Anleitung der nationalen Arbeit, die auch im Parteivorstand saß.

Die Auseinandersetzung über den Bernsteinschen Revisionismus

In dieser Periode der relativen Prosperität und des Klassenfriedens in Deutschland konzentrierte sich die Auseinandersetzung in der Partei auf Bernsteins revisionistische



Rosa Luxemburg, flankiert von Portrait s von Marx und Lassalle, spricht auf einer SPD-Kundgebung, 1907



Eduard Bernstein und Karl Kautsky

Theorie der friedlichen Entwicklung zum Sozialismus. Nach seinem Bruch mit der materialistischen Geschichtsauffassung betrachtete Bernstein den demokratischen kapitalistischen Staat nicht als Organ zur Unterdrückung des Proletariats, der zerschlagen werden muß, sondern als ein Instrument, dessen man sich bemächtigen und das man zur Verwirklichung des Sozialismus benutzen muß. Weil nach dieser Theorie Angehörige aller Klassen gleichermaßen für fähig gehalten wurden, höhere sittliche Instinkte für das Ziel des Sozialismus zu entwickeln, verschwand die Notwendigkeit für die *besondere* Organisation der Arbeiterklasse. Für Bernstein bedeutete die Revolution nur die Unterbrechung des aufblühenden, demokratischen Kapitalismus, der, bliebe er ungestört, die geeigneten Bedingungen für den Fortschritt der Menschen schaffen würde. Obwohl die Bernsteinschen Ideen auf den Parteitagen 1899 und 1901 niedergestimmt wurden, gab es eine Tendenz innerhalb der Partei, die das theoretische Gerüst Bernsteins weiterhin unterstützte. Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Karl Liebknecht standen an der Spitze des Kampfes gegen die Revisionisten und wurden in diesem Punkt von den wichtigsten Führern der Partei, sogar den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, unterstützt.

1900 versuchte die revisionistische Minderheit auf der ersten einer Reihe von alle zwei Jahre stattfindenden SPD-Frauenkonferenzen erneut, die *Gleichheit* zu „popularisieren" und allgemein die Arbeit der Partei unter Frauen zu entpolitisieren, indem sie das Schwergewicht auf die Agitation über Fragen wie Arbeitsschutz, Acht-Stunden-Tag und Sozialgesetzgebung legten. Diese Bemühungen wurden von den Herausgeberinnen der *Gleichheit* und anderen, die die Frauenarbeit anleiteten, hartnäckig und erfolgreich bekämpft. Sie traten nicht für die Ausklammerung dieses Feldes agitatorischer Betätigung ein, sondern für ihre Verbindung mit allgemeiner politischer Erziehung und für die Aufrechterhaltung der *Gleichheit* als einer in hohem Grade politischen Zeitschrift zur Entwicklung von Parteikadern.

Da sich alle Anstrengungen der Partei auf die 1903 stattfindenden Reichstagswahlen richteten, wurden die Frauen, die immer noch kein Stimmrecht hatten, besonders für die Wahlagitation bei Hausbesuchen und in den Fabriken unter der Parole eingesetzt: „ Können wir nicht wählen, so können wir doch wühlen." Die revisionistische Minderheit betrachtete diese Arbeit, besonders nach dem widerhallenden Erfolg der Partei bei den Wahlen in diesem Jahr, als die Hauptaufgabe der Frauenbewegung. Die Partei gewann mit über drei Millionen Stimmen oder 32 Prozent der gesamten Wählerstimmen 81 Sitze im Reichstag. Der revisionistische Flügel kämpfte hartnäckig für eine Politik der Aussöhnung mit der Liberalen Partei im Reichstag, die jedoch auf dem Parteitag jenes Jahres von der Mehrheit der Partei, einschließlich des Vorstandes, abgelehnt wurde.

Die Kluft wird größer

Der Einfluß der russischen Revolution von 1905 und der gleichzeitige wirtschaftliche Abschwung riefen Streiks von unerhörtem Ausmaß hervor; allein 1905 legte eine halbe Million Arbeiter die Arbeit nieder. Die Anzahl der Streiks 1905 überstieg die der letzten fünf Jahre zusammengenommen und die gesamte Anzahl der Streiks in den neunziger Jahren. In diesem Zusammenhang wurden die Differenzen, die die Linken und die Revisionisten spalteten — beispielsweise die Anwendung der Taktik des politischen Massenstreiks -, als Fragen auf Leben und Tod debattiert. Die Gewerkschaften, die mit ihrer früheren neutralen Haltung brächen, reagierten offen gegen das Gespenst der „roten Revolution" und ihrer Anhänger in der SPD und gingen sogar soweit, daß sie diesen empfahlen, ihre revolutionäre Energie in Rußland abzureagieren! Aber die Antirevisionisten konn-

ten ihre Mehrheit immer noch aufrechterhalten; der Parteitag von 1905 in Jena verabschiedete eine Resolution, in der erklärt wurde, daß die Partei unter „bestimmten Bedingungen" bereit sei, Gebrauch vom Mittel des Generalstreiks zu machen. Diese Konferenz sollte die letzte sein, auf welcher der antirevisionistische linke Flügel wegen seiner Überzahl im Parteivorstand in der Lage war, bei wichtigen Streitfragen eine Mehrheit für sich zu gewinnen. Ein Jahr später ver-



Karl Liebknecht

riet die Führung ihre eigene Mitgliedschaft, indem sie einen geheimen Vertrag mit den Gewerkschaftsführern abschloß, der nicht nur jede Absicht abstritt, einen Massenstreik zu initiieren, sondern auch versprach, diesen aktiv nach besten Kräften zu verhindern.

Nach einem Jahr massiver politischer Streiks in ganz Deutschland, die sich auf die Forderung nach einer Reform des Wahlrechts konzentrierten, machte der Vorstand aus Furcht vor der Massenbewegung einen Rückzieher, manövrierte auf dem Mannheimer Parteitag von 1906 und sorgte dort für die Verabschiedung eines Antrags, der die Beziehungen der Gewerkschaften zu der Partei tiefgreifend veränderte. Die Resolution erklärte Rarität" zwischen den Gewerkschaften und der Partei in „Angelegenheiten von gegenseitigem Interesse". Tatsächlich verlieh sie den Gewerkschaften das Vetorecht über die Tätigkeit der Partei und stellte eine entscheidende Kapitulation des Parteivorstandes vor dem Druck des gewerkschaftlichen Konservatismus dar. Wie Luxemburg bemerkte, erinnerte das Abkommen an einen Ehevertrag, wo der eine Partner das Eheleben nach der Devise zu regeln versucht: „Wenn wir in einer Frage einverstanden sind, so soll dein Wille geschehen; wenn wir auseinandergehen, so soll nach meinem Sinne gehandelt werden." Die Spannungen zwischen dem linken Erbe der Partei und dem Druck des Tradeunionismus wurde so offiziell zugunsten der Gewerkschaften gelöst; in der Partei flammte die Debatte über Reform oder Revolution wieder auf.

Der rechte Flügel und die Frauenfrage

Es war nicht überraschend, daß mit der Konsolidierung des rechten Flügels die Auseinandersetzung über die Frauenfrage in den *Sozialistischen Monatsheften,* der Zeitschrift der Revisionisten, wieder aufgegriffen wurde. Der Wortführer der Revisionisten, Edmund Fischer, stellte unschuldig die Frage: „ ... ist die allgemeine berufliche Tätigkeit der Frauen etwas Unnatürliches, gesellschaftlich Ungesundes, Schädliches, eines der kapitalistischen Übel, das mit der Beseitigung des Kapitalismus verschwinden wird und muß?" Seine Antwort, getarnt als neuer theoretischer Beitrag, lautet: „Die sogenannte Frauenemanzipation widerstrebt der weiblichen und der menschlichen Natur überhaupt, ist Unnatur und daher undurchführbar." Als wenn die Debatte nie stattgefunden hätte, wärmte er die alten, verbrauchten Argumente wieder auf und kam zu dem Schluß: „ Die Abhängigkeit des Mannes von der Frau muß mithin mindestens ebenso groß sein als umgekehrt... das erste und höchste, tief in der Natur des Weibes begründete Lebensziel der Frau ist: Mutter zu sein, und der Pflege Und Erziehung der Kinder zu leben, während auf die wirtschaftliche Selbständigkeit in der Regel nur die Unverheirateten Anspruch machen." Diese rückschrittliche, reaktionäre Faselei war eine klare Widerspiegelung des wachsenden Einflusses des reformistischen, versöhnlerischen rechten Flügels der Partei. Obwohl diese Positionen in der Parteipresse und besonders von Zetkin in den Seiten der *Gleichheit* einer gnadenlosen Kritik unterworfen wurden, dienten sie als theoretische Rechtfertigung für den unvermeidlichen offiziellen Umschwung der Partei in der Frauenfrage, der sich allmählich in den Jahren nach der Spaltung vollzog.

Andere versöhnlerische Tendenzen, deren Führer auf Seiten des Bernsteinschen Revisionismus, oder später der Zentrumsposition Kautskys standen, zeigten ihren Charakter in ihrer Stellung zur Frauenfrage. Luise Kautsky zum Beispiel hielt die Forderung für den Schutz von Arbeiterinnen hauptsächlich deswegen für wichtig, weil diese die Funktion einer „Mauerbrecherin für den Schutz der Männer" habe.

Lily Braun war, obwohl Unterstützerin des revisionistischen Flügels, die Autorin eines relativ orthodoxen Buches, *Die Frauenfrage*, das 1901 veröffentlicht wurde. Ihre rechten Tendenzen gingen jedoch Hand in Hand mit ihren praktischen Vorstellungen über die Arbeit unter Frauen; sie betonte die Kollaboration mit bürgerlichen Frauen bei der Errichtung von Haushaltskooperativen. Jahrelang bestand eine feindliche Beziehung zwischen ihr und Zetkin, die sich nach 1906 weigerte, ihre Artikel in der *Gleichheit* abzudrucken.

Offener Krieg in der Partei

Aber der rechte Flügel hatte wenig Zeit für theoretische Diskussionen über die Frauenfrage, weil für ihn die Wahlarbeit, wo die Partei kürzlich glänzende Erfolge errungen hatte, das wichtigste Schlachtfeld darstellte. Im Gegensatz dazu orientierten sich die Linken am Beispiel der russischen Revolution und ihrer Auswirkungen auf den Aufschwung

des proletarischen Kampfgeistes in Deutschland. Für sie lag der wirkliche Erfolg im Kampf um das Stimmrecht, nicht im positiven Ergebnis, sondern vielmehr in der immer größer werdenden Vereinigung der arbeitenden Massen, eine Vereinigung, die den endgültigen Sieg vorbereitet" (Zetkin, zitiert aus Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905-1917: The Development of the Great Schism).*

In den darauffolgenden Jahren debattierten die Fraktionen über die Methoden des Kampfes gegen Militarismus und Nationalismus und über die Jugendorganisation, die, unter der Führung von Karl Liebknecht, einen weiteren störrischen Teil der Partei darstellte. Hinter dem rechten Flügel standen die Gewerkschaftsführer, die ihre offensichtliche Fähigkeit, bedeutende Erfolge für die Arbeiterklasse zu erringen und somit große Teile von ihr zu führen, als Keule benutzten. Eine entscheidende, konservative Rolle spielten sie nicht nur in den Debatten über den Massenstreik und später, als die Partei ihren antimilitaristischen Kampf aufgab, sondern auch in der Unterdrückung der radikalen Jugendbewegung.

Die Arbeit unter Frauen und die Radikalen

Vertreter der Linken saßen in den leitenden Parteigremien: Zetkin war Mitglied der mächtigen Kontrollkommission, Luise Zietz Vertrauensperson der Frauenorganisation im Parteivorstand und die einzige Sprecherin der Linksradikalen in diesem wichtigen Gremium; Karl Liebknecht war Mitglied der Reichstagsfraktion. *Die Gleichheit* stellte eine der Hauptwaffen der Linken in diesen Kämpfen dar, als die Gruppe der Radikalen, die später zum Spartakusbund wurde, sich innerhalb des heterogenen antirevisionistischen Flügels herauskristallisierte. Die Zeitschrift und die Frauenorganisation, fest unter Kontrolle der Radikalen, waren hauptsächlich für Rekrutierung, Schulung und Entwicklung weiblicher Parteikader verantwortlich und dienten so der Fraktion als wirkungsvolle Organisatoren. Tatsächlich war es *nur* der radikale Flügel, der überhaupt Energien in die spezielle Arbeit unter Frauen steckte, obwohl die Wichtigkeit der Arbeit immer noch offiziell durch die SPD anerkannt wurde.

In den Jahren nach der erwähnten Mannheimer Resolution über die „Parität", also ungefähr zwischen 1905 und 1910, stagnierte die proletarische Bewegung als Ganzes politisch, aber für die Frauenbewegung waren es Jahre dynamischen Wachstums. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in der SPD wuchs von 4 000 im Jahre 1905 auf fast 11 000 im Jahre 1907 an, obwohl in diesen Jahren die offizielle Mitgliedschaft für Frauen noch verboten war und deshalb als Teilnahme an einem von der SPD geleiteten Bildungs- oder Unterstützungsverein definiert wurde. Nach der Änderung der Gesetze 1908 stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder in zwei Jahren sprunghaft von ungefähr 25 500.auf 82 700 an, während sich die männliche Mitgliedschaft zwischen 1905 und 1910 kaum verdoppelte. In der gleichen Periode erhöhte sich die Auflage der *Gleichheit* von 23 000 auf 82 000. Diese dramatischen Erfolge waren zu einem guten Teil dem schnellen Anwachsen der Anzahl von Frauen im Produktionsprozeß zuzuschreiben, was der energischen Arbeit der Frauensektion ein fruchtbares Betätigungsfeld verschaffte. Sie rekrutierte durch Agitation über solche Fragen wie Militarismus und Krieg, das Wachstum des Militärbudgets, steigende Nahrungsmittelpreise und Wahlrecht, kombiniert mit revolutionärer Propaganda.

Auf der ersten Internationalen Frauenkonferenz 1907 in Stuttgart wurde die deutsche Organisationsform international ausgedehnt durch Einsetzung eines „Internationalen Büros der Sozialistinnen aller Länder" und durch die Anerkennung der *Gleichheit* als offizielles Organ der internationalen Frauenbewegung. Während sich der größte Teil der Debatte mit Krieg und Militarismus befaßte, zeigte eine heftige Diskussion über die Frage des Wahlrechts, daß die politische Polarisierung der SPD sich auch in sozialdemokratischen Parteien anderer Länder abzeichnete. Die Delegier-

ten aus Österreich traten dafür ein, den Kampf für das weibliche Stimmrecht aufzuschieben, bis das allgemeine Stimmrecht für Männer erreicht worden sei. Die deutschen Genossinnen führten den Kampf gegen diese konservative Position, die von der Frauenkonferenz und ebenso von dem Internationalen Sozialistenkongreß, der zur gleichen Zeit stattfand, abgelehnt wurde. Lenin, der die Diskussion sorg-



Luise Zietz

fältig verfolgte, kommentierte die Debatte und zitierte aus der Rede von Luise Zietz:

> „‚Wir müssen prinzipiell alles fordern, was wir für richtig halten', sagte Zietz, ‚und nur, wenn unsere Macht nicht weiter reicht, nehmen wir das, was wir bekommen können. So ist immer die Taktik der Sozialdemokratie gewesen. Je bescheidener wir in unseren Forderungen sind, desto bescheidener wird die Regierung in ihren Bewilligungen sein. Aus diesem Streit der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratinnen kann der Leser ersehen, wie unnachsichtlich die besten Marxisten gegenüber den geringsten Abweichungen von einer konsequenten, prinzipiellen revolutionären Taktik sind" (Lenin, „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart", *Werke Bd.* 13).

Auf dem Internationalen Kongreß in Stuttgart gab es eine scharfe Trennungslinie zwischen dem linken Flügel, vor allem von Luxemburg und Lenin vertreten, und dem rechten, der hauptsächlich von Bebel geführt wurde. Eine Resolution zum Krieg, die folgende bemerkenswerte Punkte enthielt, wurde als Kompromißzusatzantrag verabschiedet: „ ... 1., daß der Militarismus ein Hauptwerkzeug der Klassenunterjochung ist, verwiesen 2. auf die Aufgabe der Agitation unter der Jugend und betonten 3. die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen oder für die rasche Beendigung bereits ausgebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch die durch den Krieg herbeigeführte Krise auszunutzen, um den Sturz der Bourgeoisie zu beschleunigen" (Lenin, *Proletarier.* 17, 2. November 1907). Deutschland wurde 1910 nochmals von massiven Demonstrationen für das Wahlrecht erschüttert, bei denen die SPD mit aggressiver Agitation auftrat. Wie zuvor stellte die Erhebung auf das Schärfste die Frage, ob die SPD versuchen würde, die Massenbewegung über die Frage des Wahlrechts hinaus zu Generalstreiks und vielleicht zum Aufstand zu führen, oder ob sie zum Bremsklotz dieser Bewegung werden würde. Das war der Bruch für Karl Kautsky, zuvor ein Verbündeter der Linken, obwohl er rechts von den zukünftigen Spartakisten stand. Die politische Landschaft der SPD komplizierte sich nun noch mehr durch das Erscheinen einer Zwischentendenz, die von Kautsky geführt wurde.

1912 erhob *Die Gleichheit* starke Einwände, als die Führer der SPD unter der Hand einen opportunistischen Wahlblock mit einer bürgerlichen Partei zustandebrachten, der „die klaren Linien des Hauptkampfes" verwischte. Solch eine offene Kritik der Tätigkeit der Parteiführung erschien auch in Luxemburgs *Leipziger Volkszeitung.* Diese oppositionellen Stimmen gingen aber in dem Jubel unter, der nach den erfolgreichen Wahlen 1912 aufkam, in denen die SPD 112 Reichstagssitze gewann.

Direkt nach dieser Welle des Enthusiasmus geriet die Partei in eine Flaute, die erst mit der Abspaltung des breiten linken Flügels ein Ende fand. Die Partei wurde schnell von Demoralisation überschwemmt, da die Mitgliedschaft gelernt hatte, Erfolg als Wahlstimmen, Reichstagssitze und Unterstützung durch die Gewerkschaftsbürokratie zu begreifen. Die Zahl der Parteimitglieder war in den Jahren 1906 bis 1912 von ungefähr 400 000 auf fast eine Million angewachsen, und die Wahlen 1912 hatten der Partei 34,8 Prozent der Wahlstimmen eingebracht. Die Genossen waren schok-kiert als der Vorstand berichtete, daß die Partei in den Jahren 1912/13 nur um 1,3 Prozent gewachsen war. Überdies war dieses Wachstum hauptsächlich der Arbeit der Frauenorganisation zu verdanken (10 000 der 12 000 Rekrutierungen dieses Jahres waren Frauen) und bedeutete also auch eine zahlenmäßige Stärkung des linken Flügels. Die Parteipresse wurde ebenfalls von dem Niedergang betroffen, sie verlor in diesem Jahr 12 830 Abonnenten. Die einzige offizielle Parteizeitung, deren Auflage stieg, war Die *Gleichheit* mit einer Auflagenhöhe von 112 000 im Jahre 1912. 1913/14 gab es 23 000 neue Abonnenten der offiziellen Presse, von denen 13 000 Neuabonnenten der *Gleichheit* waren.

Das Jahr 1913 brachte *de facto* das Ende einer vereinigten SPD; in diesem Jahr wurde der letzte Kongreß der vereinigten Partei abgehalten und der breite linke Flügel brachte seine eigene Zeitschrift heraus, die *Sozialdemokratische Korrespondenz.*

Aber die Hegemonie der SPD über die fortgeschrittenen Teile des deutschen Proletariats wurde dadurch keinesfalls gebrochen. Die SPD war eine Massenpartei mit 4 000 bezahlten Funktionären und 11 000 Angestellten und veröffentlichte über 4 000 Periodika. Das Vertrauen der arbeitenden Massen in „ihre" Partei konnte nur in Frage gestellt werden, wenn sie einen greifbaren Verrat von historischer Bedeutung erlebten; die reformistische Herrschaft der SPD konnte nur herausgefordert werden durch eine organisierte Kraft, die zeigte, daß sie fähig war, die Führung zu übernehmen. Der Verrat kam mit den ersten Schüssen des Ersten Weltkrieges; die Herausforderung war der Aufbau der KPD als Teil der neuen Dritten Internationale.

Der historische Verrat

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges internationalisierte die politischen Lager in der Zweiten Internationale, indem er vor den Sektionen aller Länder das gleiche, alles überragende Problem aufwarf: wie werden die Sozialdemokraten auf den Ruf antworten, „ihre eigenen" Länder militärisch zu verteidigen.

Die Entscheidung der Reichstagsfraktion der SPD, am 4. August 1914 für die Kriegskredite zu stimmen — vom Parteivorstand unterstützt und innerhalb der Fraktion nur von Liebknecht und einem weiteren Abgeordneten bekämpft -, war deshalb eine Entscheidung, die die Antwort der internationalen Arbeiterbewegung auf den Krieg stark beeinfluß-

te. Die Mehrheit der Internationale, die ihre eigenen Reden und Proklamationen verriet (wie zum Beispiel die des Stuttgarter Kongresses 1907), wählte den Weg der „Vaterlandsverteidigung".

Eine Minderheit der Zweiten Internationale hielt jedoch eine proletarische internationalistische Position aufrecht, obwohl die Risse innerhalb dieser Minderheit unter dem Druck der internationalen Ereignisse bald offen zutage traten. Es waren vor allem Lenin und die Bolschewiki, die darum kämpften, die radikalen Kriegsgegner innerhalb der internationalen Sozialdemokratie unter der Parole „Verwandelt den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg!" zu organisieren.



Nadjeshda Krupskaja

Während sich der Kampf entwickelte, wurden die Positionen der Zentristen immer stärker abgelehnt, besonders durch Lenin, der 1914 schrieb:

> „Gegenwärtig hasse und verachte ich Kautsky mehr als irgendjemand anders. Was für eine abscheuliche, billige, überhebliche Heuchelei: nichts ist geschehen, sagt er, es sind keine Prinzipien verletzt worden, jedermann hat das Recht, sein Vaterland zu verteidigen; seht ihr nicht, daß Internationalismus darin besteht, daß sich die Arbeiter aller Länder ‚im Namen der Verteidigung des Vaterlandes' gegenseitig erschießen" (Brief von Lenin an Schljapnikow vom 27. Oktober 1914).

Sozialistische Frauen bekämpfen den Krieg

Die Frauenbewegung spielte im Fraktionskampf eine wichtige Rolle. Eine Mehrheit der Leserinnen der *Gleichheit* und ein großer Teil der Frauen aus anderen Sektionen der Sozialdemokratie sympathisierten mit den linken Kriegsgegnern. Darum schlug das Zentralkomitee der Bolschewistischen Partei durch die Redaktion der Frauenzeitschrift *Rabotnitsa* Zetkin im November 1914 vor, zu einer inoffiziellen Konferenz sozialistischer Frauen aufzurufen, um „die arbeitenden Frauen in den Kampf zu ziehen gegen jede Art von Burgfrieden und für einen Krieg gegen den Krieg, einen Krieg, der eng mit Bürgerkrieg und Revolution verknüpft ist". Als Zetkin im Januar antwortete, sprach sie sich für eine Konferenz aus, wendete aber ein:

> „Vor allen Dingen wird es *schwierig sein, eine Linie zwischen den Linken und den Rechten unter den Frauen* zu ziehen. Viele von ihnen wissen selbst nicht, auf welcher Seite sie stehen; andere werden zögern, sich zu entscheiden, während wieder *andere sich entschieden weigern werden, an einer Konferenz teilzunehmen, die nur von ‚linken' Frauen besucht wird* " (Hervorhebung im Original).

Zetkin, die Sekretärin der Fraueninternationale, rief zu der Konferenz auf und lud, nach der Konzeption der Bolschewiki, nur diejenigen Gruppen ein, die bekanntermaßen gegen den Krieg waren. Die Konferenz fand im März 1915 in Bern in der Schweiz statt, drei Wochen nach einer Konferenz bolschewistischer Exilgruppen am gleichen Ort.

Die Berner Frauenkonferenz

Auf der Berner Konferenz wurden die politischen Differenzen zwischen den Kriegsgegnern klar, besonders das Auseinanderklaffen zwischen dem „scheinheiligen Pazifismus der Engländer und Holländer" (wie Krupskaja es ausdrückte) und der revolutionären Militanz der Bolschewiki unter Führung Lenins. Aber sogar noch bezeichnender war der intensive Kampf, geführt auf der einen Seite von Zetkin, der anerkannten Führerin der sozialistischen Frauenbewegung, und auf der anderen Seite von Krupskaja, hinter der die Autorität Lenins und der Bolschewiki stand. Zetkin, die die Rolle einnahm, die Kautsky im Streit innerhalb der SPD spielte, wollte zwischen rechts und links vermitteln und war so schwerstem Beschuß von beiden Seiten ausgesetzt.

„Die englische Delegation, die offensichtlich feministisch angehaucht war, versicherte, daß alle englischen Frauen, sogar die Bourgeoisfrauen und die Suffragetten, gegen den Krieg seien und den Frieden wünschten" (Bericht von der Berner Konferenz von Olga Ravich, Mitglied der bolschewistischen Delegation). Es war natürlich unmöglich, zwischen dieser Position und der der Bolschewiki, die zum *Klassenkrieg* aufriefen, zu „vermitteln"! Indem Zetkin als Kompromißlerin auftrat, führte sie die Niederlage der bolschewistischen Positionen auf der Konferenz herbei, da, wie Krupskaja berichtet, jedermann unsere Spalterpolitik' kritisierte".

Die Resolution der Bolschewiki (die Lenin geschrieben hatte, der die Verhandlungen aus der Nähe aufmerksam verfolgte) schloß einen Aufruf zu legalen und illegalen revolutionären Massenaktivitäten ein, enthüllte die Lügen der Nationalchauvinisten und forderte einen offenen Bruch mit den offiziellen Führern der Sozialdemokratie. Aber das Manifest, das angenommen wurde, erklärte unter anderem:

> „In diesen schwierigen Tagen haben sich die sozialistischen Frauen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Rußlands versammelt. Euer Elend und Euer Leid hat sie tief berührt. Um der Zukunft Eurer Lieben willen rufen sie Euch auf, dem Frieden zu dienen. So wie der Wille der sozialistischen Frauen über die Schlachtfelder hinweg vereinigt ist, müßt Ihr in allen Ländern Eure Reihen schließen, um den Ruf ertönen zu lassen: Frieden, Frieden!" (Manifest der Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen, Bern 1915).

Natürlich waren die Bolschewiki vom Ausgang der Konferenz enttäuscht, obwohl das erste wirklich internationale Treffen sozialistischer Kriegsgegner, das seit dem Beginn des Krieges stattgefunden hatte, auch als ein historisches Ereignis angesehen wurde. Die Bolschewiki schätzten die Konferenz ein als „nur ein furchtsamer, unentschlossener Schritt, aber das Leben wird sie vorwärtsstoßen und sich nehmen, was fällig ist." Das stellte sich als prophetisch heraus.

Der Staat und die SPD gehen gegen die Linke vor

Im Laufe des Jahres 1916 kamen die meisten Führer der Linken, einschließlich des siebzigjährigen Franz Mehring, wegen diverser Anklagen ins Gefängnis. Im gleichen Jahr wurde Liebknecht wegen Disziplinbruchs aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen, weil er gegen Kriegskredite gestimmt hatte; Zietz wurde aus dem Parteivorstand ausgeschlossen; Zetkin wurde gezwungen, von ihrem Posten als Herausgeberin der *Gleichheit* zurückzutreten. Letzteres war ein enormer Sieg für den rechten Flügel, der jahrelang vergeblich versucht hatte, dieses mächtige Sprachrohr der



Munitionsarbeiterinnen im Ersten Weltkrieg

Opposition zum Schweigen zu bringen. In der Nummer 16 wurde ein Brief veröffentlicht, der hämisch berichtete: „Bei uns hat *Die Gleichheit* fast alle Abonnenten verloren, unsere Frauen wollen sie gar nicht haben. Diese Artikel waren schon vor dem Krieg für die große Masse der Arbeiterinnen ungenießbar. Wir brauchen eine populäre Frauenzeitschrift."

Später wurde die neue Machart der Zeitung folgendermaßen gerechtfertigt:

„Im allgemeinen wurde die Zeitung auch gern gelesen, aber immer mehr stellte sich heraus, daß sie nicht von der Masse der Frauen, besonders den neu zuströmenden, verstanden wurde, da die Schreibart der *Gleichheit* die Vorbedingung eines schon großen geistigen Wissens an die Leser stellte. Genossin Zetkin, der die Frauenbewegung viel verdankt, schrieb das Blatt nicht so, daß es den Bedürfnissen der geistig und politisch ungeschulten Massen gerecht wurde. Nur verhältnismäßig wenige Genossinnen konnten der Schreibweise und dem Gedankengang der Genossin Zetkin vollständig folgen. Schließlich billigte aber ein großer Teil auch nicht mehr ihre politischen Anschauungen. Die Folge war, daß das Interesse der Frauen an der *Gleichheit* zurückging, und gleichzeitig die Auflage der *Gleichheit* sank" *(Die Gleichheit* Nr. 20, 1919).

Die Popularisierung" der *Gleichheit* wurde von der Fraueninternationale nicht unbeachtet gelassen. Im September 1917 auf der Außerordentlichen Konferenz Sozialistischer Frauen in Stockholm wurde

„...stark gegen die beschämende Unterdrückung der *Gleichheit* protestiert, die einen Schlag gegen die Sozialistische Fraueninternationale darstellt. Daß das nicht nur ein platonischer Protest war, konnte man daran sehen, daß Berichten zufolge Genossinnen verschiedener Länder begonnen haben, Geld für eine neue *Gleichheit* zu sammeln" (Offizieller Bericht der Sitzungen vom 14. und 15. September).

Am Neujahrstag 1916 wurde die erste nationale Konferenz der Spartakusgruppe abgehalten. Ihr Programm grenzte sich scharf von der Politik der offiziellen SPD ab.

„Nicht Einheit, sondern Klarheit in jedem Punkt. Keine freundliche Toleranz - auch nicht innerhalb der Opposition', sondern schärfste Kritik, eine Abrechnung bis auf den letzten Pfennig. Durch gnadenlose Enthüllung und Diskussion der Differenzen zur Einstimmigkeit über Prinzipien und Taktik und damit zur Fähigkeit zu Aktion und Einheit."

Nach dem zweiten Kongreß der Linken schloß die SPD im Januar 1917 ihren gesamten linken Flügel aus. Die Sozialdemokratie hatte den Kampf gegen das Kapital aufgegeben und damit notwendigerweise auch den Kampf für die Befreiung der Frau und aller Unterdrückten. Es blieb den Erben des revolutionären Marxismus überlassen, ihn in der Dritten (Kommunistischen) Internationale in den Jahren 1919-1923 weiterzuführen.

Der erste Teil diese Artikels ist in der Kommunistischen Korrespondenz, *20. November 1977, erschienen.*

Leserbrief

19. März 1978 An

die Redaktion
der *Kommunistischen Korrespondenz*

Der Artikel „Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd" in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 20 (November 1977) stellt die einzige marxistische Einschätzung der Ereignisse um Schleyers Tod und die "Landshut"-Entführung dar — zudem mitten in der Anti-„Terroristen"-Hexenjagd veröffentlicht. Der Artikel legte die leninistische Position der Ablehnung von isolierten Akten des individuellen Terrors als eine der revolutionären Organisation des Proletariats entgegengesetzte politische Strategie dar, und er hob in scharfem Gegensatz zum überwiegenden Teil der westdeutschen Linken die Notwendigkeit der Verteidigung der Gefangenen der RAF als politisch bankrottem Bestandteil der westdeutschen *Linken,* die ihre verzweifelten Aktionen gegen die imperialistische Bourgeoisie gerichtet haben, hervor.

Der in der gleichen Ausgabe veröffentlichte Kasten zur Entführung des Lufthansa-Jets „Landshut" machte auch den kritischen Unterschied zwischen verfehlten, politisch motivierten Aktionen von Linken, die sich gegen den bürgerlichen Staat richten, und wahllosem Terror klar. Die Insassen des Flugzeugs „Landshut" waren nicht der Klassenfeind oder „Agenten" der Bourgeoisie oder des Imperialismus. Sie waren einfach Urlauber und das Spiel mit ihrem Leben war eine Tat kriminellen Terrors, die nicht von Marxisten gerechtfertigt oder verteidigt werden kann. Daran ändert auch der Ausgang der Entführung nichts, der von der GSG 9 mit deutsch-imperialistischer Gründlichkeit herbeigeführt worden ist. Die Februar-Ausgabe des *Kommunistischen Programms,* Bulletin der Internationalen Kommunistischen Partei (IKP), einer Gruppe, die sich auf die Tradition der bordigistischen Opposition in der italienischen kommunistischen Partei beruft, verteidigt „bedingungslos" die palästinensischen Nationalisten und charakterisiert unsere Weigerung, die kriminelle Flugzeugentführung zu verteidigen, als eine „perfide" Kapitulation vor der Bourgeoisie. Die IKP bejubelt die Einsatzbereitschaft der Palästinenser mit folgenden Worten:

> „... sie zeigt, auch konkret, greifbar, mit schroffer Direktheit, wie die unterdrückten Massen der dritten Welt den demokratischen, von der Sozialdemokratie geführten und den Gewerkschaften' mitgetragenen deutschen Staat als einen imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker erkennen und bekämpfen."

Aber weder der brutal ermordete Pilot Schumann noch eine Gruppe Mallorca-Urlauber sind der „deutsche imperialistische Staat". Anschläge gegen unbeteiligte Bürger eines Staates können nur massive *Barrieren* zur — vielfach von der IKP gepriesenen — „internationalen Solidarität" errichten. Kommunisten müssen die Verzweiflungstaten kleinbürgerlicher Einzelkämpfer *politisch* beurteilen — wir ziehen eine scharfe Linie beispielsweise zwischen dem Attentat auf Alexander IL, den blutbefleckten „Zar aller Reußen", und der Geiselnahme von Schulkindern, die das Unglück hatten, als Israelis zur Welt zu kommen. (Wir vergessen dabei aber nicht die vielfach blutigeren „Vergeltungsschläge" des zionistischen Terrorregimes.)

Der Kasten in der *Kommunistischen Korrespondenz* enthielt jedoch in einem Punkt eine Schwäche, nämlich in der Forderung nach einer Untersuchungskommission, um den Tod von Baader, Ensslin und Raspe (die in jedem Fall Opfer des bürgerlichen Staates waren) zu untersuchen. Kommunisten können durchaus in manchen Fällen eine Untersuchungskommission — sorgfältig zusammengestellt und unabhängig von der Einflußnahme des bürgerlichen Staates — fordern. Der Modellfall ist die von Trotzkisten unterstützte Dewey-Kommission, die die Anklagepunkte der Moskauer Prozesse gegen Trotzki eingehend und unparteiisch untersuchte und diese zurückwies. Konkret aber im Fall von Stammheim lagen alle Indizien in den Händen des bundesrepublikanischen Staates (bzw. Filbingers Landesregierung). In einem solchen Fall, wo die Unterlagen und Informationen wesentlich nur durch die Gunst des Staates zu erreichen wären, sollten Kommunisten hervorheben, daß die geheimen Verbrechen der Bourgeoisie im allgemeinen erst (und nur partiell) durch den Sieg des Proletariats und die Öffnung der Archive der Staatspolizei und Geheimdienste zu klären sein werden. Mit kommunistischem Gruß, F. Behr

Antwort der Redaktion: Die Bemerkungen des Genosse sind korrekt. Staatliche „Untersuchungskommissionen" — die wir selbstverständlich nicht fordern — werden oft von der Bourgeoisie benutzt, um einen Fall erst recht in der Öffentlichkeit zu vertuschen, wie es die staatlichen „Untersuchungen" gerade im Fall Stammheim gezeigt haben. Ein anderes Beispiel ist die „Warren-Kommission", die von der US-Regierung eingesetzt wurde, um die Ermordung von Kennedy zu untersuchen, und die, trotz weitverbreiteter liberaler Illusionen in ihre Arbeit, nur regierungsgenehme Ergebnisse produziert hat.

Die Beteuerung der Bordigisten, daß ihre „bedingungslose Solidarität" mit „Terroristen" eine „Klassenachse" sei (alle in Anführungszeichen stehenden Worte sind Ausdrücke der IKP), wird durch den ersten Satz des IKP-Artikels „Terrorismus, Demokratie und Kommunismus" ad absurdum geführt. Die IKP spricht selbst von der „Welle bürgerlicher Anschläge gegen den bürgerlichen Staat und dessen Repräsentanten". Ihre "Klassenachse" reduziert sich in ihren eigenen Begriffen auf die Verteidigung von *bürgerlichem* Terror gegen unschuldige Urlauber.

Erste TLD -Veranstaltung in Frankfurt
Der Kampf für den Trotzkismus in Britannien

Auf der ersten Veranstaltung der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) am 8. April in Frankfurt, die von etwa 40 Genossen und Genossinnen besucht wurde, wies Silvia Lenz, Mitglied des ZK der TLD, auf den Erfolg hin, den die Verlagerung der Zentrale der Organisation von Westberlin nach Frankfurt darstellt. Mit diesem Schritt hat die TLD bewiesen, daß sie ihren Aufbau planmäßig angeht. Ein Erfolg ist es nicht nur, weil es künftig zwei stabile Ortseinheiten der Organisation gibt, sondern ist es auch deshalb, weil es ihr jetzt möglich ist, die Politik der revolutionären Umgruppierung noch weit effektiver durchzuführen. Die TLD führt den Kampf, den Trotzkismus wieder zu dem zu machen, was er ist: das revolutionäre Programm der proletarischen Avantgardepartei, die die Arbeiterklasse zum Sieg führen wird.

Der Gastredner Alan Holford, Mitglied des ZK der Spartacist League/Britain (SL/B), erläuterte in seinem Referat den jüngsten Erfolg der prinzipienfesten leninistischen Politik der internationalen Spartacist Tendenz (iST) in Britannien. Anfang März fusionierten die ehemalige Trotskyist Faction (TF) der Workers Socialist League (WSL) und die London Spartacist Group und gründeten die SL/B, sympathisierende Sektion der iST. Diese Fusion ist das Ergebnis eines harten Fraktionskampfes der TF in der WSL. Genosse Holford beschrieb die Kapitulation der WSL gegenüber diversen kleinbürgerlichen Strömungen, gegenüber der Labour Party („Make the Lefts Fight") und ihren alles überragenden Arbeiterfetischismus. Im Gegensatz zu solch einer Nachtrabpolitik trachtet eine bolschewistische Propagandagruppe danach, die fortgeschrittensten Teile des Proletariats auf die Höhe des kommunistischen Bewußtseins und Programms *zu heben* und sie von ihren reformistischen Irreführern *loszubrechen.* Der britische Genosse führte weiter aus:

„Eng verbunden mit dem Versuch der WSL, größere Teile der Arbeiter zu erreichen, indem sie ihr Programm verwässerten, war der Begriff der "Methode' (als Ersatz für das Programm), von dem die Führung fortwährend sprach. Unter Methode verstand die Führung der WSL letztlich eine Pseudo-‚Massenarbeit'. Das heißt, daß man in jeden einzelnen Kampf, der von den britischen Arbeitern geführt wird, unbedingt intervenieren muß. Es bedeutet politische und organisatorische Liquidation; man zerstreut wahllos seine Kräfte und verwässert das Programm, um Masseneinfluß zu gewinnen.

Wesentlich für unseren Kampf in der WSL war auch ihre Vorstellung von der Rekonstruktion der Vierten Internationale[4]. Nachdem sie mit dem Healyismus gebrochen hatten und sich dem Pabloismus annäherten, war ihre internationale Hauptorientierung, soweit sie überhaupt anerkannten, daß außerhalb von Cowley (eine Autofabrik, in der die WSL Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit betreibt) und Oxford etwas wesentliches geschieht, auf die Pabloisten des Vereinigten Sekretariats gerichtet. Die Trotzkistische Fraktion wandte sich entschieden gegen den verschleiernden Begriff (der WSL) der ‚trotzkistischen Weltbewegung', weil er nichts anderes bedeutet, als den Pabloisten ein politisches Leumundszeugnis als Trotzkisten auszustellen."

Als die TF aus der WSL austrat, bezeichnete die WSL die Spaltungskonferenz als einen „Schritt nach vorn". Es war Schritt nach vorn — für die SL/B und für die gesamte iST.

- **Vorwärts im Aufbau der Trotzkistischen Liga Deutschlands!**
- **Vorwärts zum Aufbau der trotzkistischen Partei in Britannien!**



Eröffnung der TLD-Veranstaltung. Zweiter von links: Genosse Alan Holford, Gastredner und Mitglied des ZK der SL/B

KK

Bergarbeiterstreik...

Fortsetzung von Seite 24

er um die Führung der Gewerkschaft kämpfte (ebenso wie die erfolglose Kampagne des linken" Bürokraten Sadlowski im letzten Jahr in der Stahlarbeitergewerkschaft) wurde vom US-Arbeitsministerium und angesehenen Persönlichkeiten der Demokratischen Partei inszeniert und massiv unterstützt. Sie wurde — auf der Grundlage der Losung der „Demokratisierung" der Gewerkschaften — mit Hilfe der Einmischung des bürgerlichen Staates in Gewerkschaftsangelegenheiten geführt.

Dermaßen diskreditiert, daß schon seine Anwesenheit



bei Verhandlungen genügte, um jeden Vertrag ungültig zu machen, wurde dieser Verräter auf natürliche Weise kaltgestellt, als Carter selbst die Dinge in die Hand nahm und sich diejenigen unter den Bürokraten heraussuchte, die fähig genug sein würden, den Bergarbeitern einen Vertrag schmackhaft zu machen, von dem jeder wußte, daß er direkt von seinem Schreibtisch stammte.

Der Bergarbeiterstreik war ein lebendiges Beispiel dafür, was Trotzki die Krise der proletarischen Führung nannte. Die Bergarbeiter an der Basis haben den Beweis einer ungeheuren Kampfkraft erbracht, indem sie die Schließung von Bergwerken, in denen weitergearbeitet wurde, organisierten und versuchten, sich mit anderen Gewerkschaften zu verbünden, und indem sie zu den Eisenbahnen, den Kokereien und den Elektrizitätswerken, die die von den Streikbrechern abgebaute Kohle transportierten oder verarbeiteten, mobile Streikposten schickten. Im Februar schickte der Gouverneur von Indiana gegen die Bergarbeiter, die „Streikbrecher-Kohle auf die Straße kippten und Kohle transportierende Schiffe in Brand steckten, 400 Mann - „Sheriff's Deputies" und Einheiten der Nationalgarde —, um die Kohletransporte zu schützen. Als aber zwei Streikende getötet und hunderte verhaftet wurden, weigerten sich sämtliche Bürokraten, die Verteidigung des Streiks zu organisieren, und beugten sich dem Taft-Hartley-Gesetz, das die Streikenden zwingen soll, für eine Periode von achtzig Tagen die Arbeit wiederaufzunehmen.

Dieser Streik war ein Prüfstein für Revolutionäre: sich au. die Seite der Bergarbeiter stellen, für den Sieg ihres Streiks kämpfen, hieß notwendigerweise gegen ihre bürokratische Führung kämpfen. Die Spartacist League/U.S. (SL/U.S., Sektion der internationalen Spartacist Tendenz) rief die Bergarbeiter auf, regionale Streikkomitees zu wählen, die die Führung des Streiks übernehmen, die Streikposten organisieren und ausweiten sollten. Wir haben darauf bestanden, daß diese Komitees einen außerordentlichen Kongreß fordern sollten, um eine neue Verhandlungskommission, direkt der Basis verantwortlich, mit dem Ziel zu wählen, die Kommission der Bürokraten zu ersetzen und den Streik zum Sieg zu führen.

Die Socialist Workers Party (SWP, amerikanische Schwesterpartei der GIM) fand sich indessen im anderen Lager, dem von Carter und Miller wieder. Dieser Streik hat schließlich der reformistischen SWP die Gelegenheit gegeben zu beweisen, daß sie die Bürokraten in ihrer Not nicht im Stich läßt und daß sie sie sogar dann noch deckt, wenn sie auch noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verloren haben.

Die SWP hat am enthusiastischsten die Kampagne von Miller 1972 unterstützt - wie auch die von Sadlowski in der Stahlindustrie (siehe: „Bureaucratic Opposition in Steel", *Workers Vanguard* Nr. 155,29. April 1977). Übrigens hatte er bei dieser Kampagne die Unterstützung der lambertistischen Organisation Communiste Internationaliste (OCI — Schwesterorganisation der IAK); für diese Organisation sind abstrakte Apelle für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat noch lange kein Grund, in den Gewerkschaften gegen die Volksfront zu kämpfen, ebenso wenig, sich gegen amerikanische Bürokraten zu stellen, die trotz des „linken" Mäntelchens, das sie sich umhängen, engstens mit der Demokratischen Partei liiert sind (sowohl Miller wie Sadlowski unterstützten Carter als Präsidentschaftskandidaten). Die OCI hat kürzlich Gelegenheit gefun-



Bergarbeiter verbrennen Tarifvertragsentwurf

den, dies aufs Neue zu beweisen, indem sie ein bewunderndes Interview mit Sadlowski veröffentlichte; bei diesem trauten Gespräch fragte sie diesen Gewerkschaftsbonzen einladend, was er von den „Linken" hält, die sich weigern, die bürgerlichen Gerichte gegen die Gewerkschaften einzuschalten *(Informations Ouvrieres* Nr. 831, 21. Dezember 1977 -4. Januar 1978).

Aber die Trotzkisten der SL/U.S. und der internationalen Spartacist Tendenz (iST) sind tatsächlich die einzigen, die sich energisch dagegen aussprechen, den Klassenfeind aufzufordern, in Gewerkschaftsangelegenheiten einzugreifen, um die Rechte der Arbeiter zu „schützen". Wie wir geschrieben haben, als Miller das Amt des Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft übernommen hat:

> „Für Kommunisten, deren grundsätzliches Ziel in der Arbeiterbewegung darin besteht, die Gewerkschaften zu einem Instrument des revolutionären Willens des Proletariats zu machen, kann keine Reform die Macht der Arbeiterklasse stärken, wenn sie dadurch errungen wird, daß sich die Gewerkschaften den Interessen des kapitalistischen Staates unterordnen; dadurch wird die erste Voraussetzung für ihre Mobilisierung im Kampf für die Zerschlagung dieses Staates zerstört" *(Workers Vanguard* Nr. 17, März 1973).

Aber die SWP hat während dieses Streiks gezeigt, daß, obgleich sie keine wirkliche Arbeiterbasis hat, ihr Traum, eine sozialdemokratische Massenpartei zu werden, sie vor nichts zurückschrecken läßt, um die bürokratischen Agenten der Bourgeoisie zu verteidigen. Die SWP hat alle ihre Kräfte eingesetzt, den bürokratischen Verrätern Gehör zu verschaffen, um genügend Rummel für ihre verlogene „Solidarität" mit den Bergarbeitern zu machen, wobei sie gleichzeitig jede wirkliche Unterstützung über das Sammeln von Lebensmitteln hinaus ablehnten.



Arnold Miller

Nicht ein einziges Mal hat die SWP aufgerufen, die skandalösen Vorschläge der Bürokraten abzulehnen. Während aufeinanderfolgende Vertragsentwürfe veröffentlicht wurden, die regelrechte Wutausbrüche unter den Bergarbeitern

Das Programm für den Sieg

Der große Bergarbeiterstreik von 1978 zeichnete sich durch seine Militanz aus — aber ihm fehlte die revolutionäre Führung. Ein Programm für die UMWA, das sowohl die allgemeinen Lehren der Arbeiterbewegung wie auch die eigenen Kämpfe der Bergarbeiter berücksichtigt, muß folgende Forderungen einschließen:

1) Für das uneingeschränkte Recht zu streiken und Streikposten zu stehen — nieder mit der Zwangsschlichtung und den einstweiligen Verfügungen gegen Streikende! Für die ausschließliche Kontrolle der Sicherheitsbedingungen durch die UMWA: Kein Vertrauen in die von der Regierung gestellten Inspektoren!

2) Für die Wiederherstellung des von der Gewerkschaft kontrollierten Gesundheitsfonds, für die Garantie einer vollständigen Deckung aller medizinischen Kosten! Für die Anhebung und Angleichung der Betriebsrenten - Eintritt in den Ruhestand nach 20-jähriger Mitgliedschaft in der Gewerkschaft!

3) Für die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und eine umfassende tariflich festgelegte gleitende Lohnskala gegen Inflation! Schluß mit Überstunden und für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine Arbeitszeitverkürzung untertage!

4) Für eine militante gewerkschaftliche Organisierungskampagne, einschließlich Streikaktionen durch die UMWA, um die nicht von der UMWA erfaßten Bergwerke zu organisieren. Nieder mit den gelben Gewerkschaften wie der SLU!

5) Schluß mit der Einmischung der Regierung, ihrer Agenten und der bürgerlichen Gerichte in die Angelegenheiten der Gewerkschaften - keine Unterstützung derjenigen, die das Arbeitsministerium und die bürgerlichen Gerichte aufrufen, in Gewerkschaftsangelegenheiten zu intervenieren!

6) Für wirkliche Gewerkschaftsdemokratie: für die Reduzierung der Amtszeit von Gewerkschaftsfunktionären auf ein Jahr, für jährlich stattfindende Gewerkschaftskongresse, Beschränkung der Laufzeit der Tarifverträge auf ein Jahr! Kein Gewerkschaftsfunktionär darf mehr verdienen als der höchst bezahlte Bergarbeiter, der auch wirklich in den Bergwerken arbeitet

7) Zerschlagt alle gegen die Gewerkschaft gerichteten Gesetze wie Taft-Hartley durch militante Aktionen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung!

8) Schluß mit jeder rassischen und sexuellen Unterdrückung! Für die gewerkschaftliche Kontrolle über die Einstellungen - ein Beförderungssystem, das von der Tätigkeitsdauer in der Industrie abhängig ist, um jede Form der Diskriminierung durch die Kohlebarone auszuschalten! Für die Zerschlagung des Ku Klux Klan, der Nazis und aller anderen faschistischen Gruppen!

9) Zerschlagt die parasitäre Herrschaft der Monopole über die Bodenschätze: für die entschädigungslose Enteignung der Energiemonopole!

10) Keine Unterstützung für die Streikbrecher der Republikaner und Demokraten, Parteien des Großkapitals! Raus mit den Gewerkschaftsbürokraten, baut eine Arbeiterpartei auf, die sich auf die Gewerkschaften stützt. Eine Arbeiterpartei, die die Industrie und die Banken enteignen und die Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Massen organisieren wird!

Übersetzt nach WORKERS VANGUARD Nr. 201, 14. April

Freiheit für die AGIT-Drucker!

Seit Oktober 1977 sitzen die Berliner AGIT-Drucker Jutta Werth, Gerdi Foß und Henning Weyer in Untersuchungshaft. Sie werden des Vergehens gegen die Zensurparagraphen 88 a und 129 a angeklagt, weil sie das Sponti-Organ *Info-BUG* gedruckt haben, in dem, unter anderem, Diskussionsbeiträge der RAF und der „Bewegung 2. Juni" veröffentlicht worden sind. Anträge auf Haftverschonung sind bisher abgelehnt worden, da angeblich Fluchtgefahr besteht. In einem Flugblatt des AGIT-Druck-Kollektivs heißt es zu dem Fall:

> „Nach dem Beschluß des Kammergerichts kommt es nicht darauf an, ‚daß sich der Täter mit der Tat, die er befürwortet, oder mit der Vereinigung, für die er wirkt, identifiziert.' ‚Die AGIT-Druckerei (ist) als Kollektiv geführt worden, das sich als Teil einer linken Bewegung' versteht und den verschiedenen Linksgruppen durch den Druck von Schriften die Möglichkeit der Agitation geboten hat.' Hieraus leitet die Staatsanwaltschaft die vorsätzliche Unterstützung ab."

Die skandalöse Anklage gegen die AGIT-Drucker ist ein massiver Angriff der bürgerlichen Justiz auf das demokratische Recht der Pressefreiheit und ein Schlag gegen die Linke. Die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD), die für die Verteidigung der Angeklagten gespendet sowie ein Protestschreiben an das Kammergericht Berlin gerichtet hat, verlangt die sofortige Freilassung der AGIT-Drucker. Wir fordern unsere Leser auf, materielle Hilfe für die Verteidigung der drei Verhafteten zu leisten. Spenden sind einzuzahlen auf das Postscheckkonto Berlin-West Nr. 3723 87 - 105, Dorothea Krauß.

- *Für die sofortige Freilassung der AGIT-Drucker!*
- *Bedingungslose Einstellung des Verfahrens!*

hervorriefen, brachte der *Militant* folgende Schlagzeilen: „Der Streik ist solange nicht beendet, bis die Bergarbeiter abgestimmt haben" und „Die Bergarbeiter diskutieren den Vertrag"{*Militant* Nr. 5,17. Februar und Nr. 19,10. März). In ihren Artikeln, bloßen Reportagen über den Streik, wird man vergeblich nach der Erwähnung des mächtigen Kampfinstruments, den mobilen Streikposten, suchen (schließlich waren sie nicht von Miller & Co. abgesegnet). Und wenn der *Militant* Arbeiter zitiert hat, die erklärten, daß sie entschlossen seien, der Regierung Widerstand zu leisten, so haben die Legalisten von der SWP nicht ein einziges Mal selbst zum Widerstand gegen das Taft-Hartley-Gesetz aufgerufen.

Zum Zeitpunkt des letzten Verrats von Miller, der eine lange Liste von Aktionen krönt, die ebenso „demokratisch" waren wie der wiederholte Streikbruch bei wilden Streiks, zögerte die SWP nicht, an die „demokratischen Errungenschaften" der Kampagne 1972 zu erinnern. Wenn der *Militant* auch gelegentlich die Notwendigkeit einer Arbeiterpartei erwähnt hat, so nur, um der entscheidenden Frage, die sich stellte, auszuweichen: dem Bruch mit den Bürokraten und dem Aufbau einer neuen Führung, die willens ist, die Forderungen der Bergarbeiter gegen die Kapitalisten und die Regierung zu verteidigen.

Die Trotzkisten der SL/U.S. kombinierten ihren Aufruf für die Einrichtung von Streikkomitees mit einer aktiven Kampagne zur Unterstützung der Bergarbeiter. *Workers Vanguard* hat die Kämpfe der Gewerkschaftsfraktionen bekannt gemacht, die bereits seit vielen Jahren politisch von der SL/U.S. unterstützt werden und die für den Boykott des Transports und der Verarbeitung von Kohle, die von Streikbrechern abgebaut wurde, gekämpft haben. Resolutionen, in denen man sich für einen Streik gegen die Anwendung des Taft-Hartley-Gesetzes aussprach, wurden in der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) in Chicago sowie in der Vereinigten Transportarbeitergewerkschaft (Amalgamated Transit) und in der Hafenarbeitergewerkschaft (ILWU) in San Francisco verabschiedet.

Aber für die „respektable" SWP, die die SL/U.S. unter der Überschrift „Wie man einen Streik nicht unterstützt" angriff {*Militant,* 3. März), ist es „ultralinks", Solidaritätsstreiks und den Boykott des Transports und der Verarbeitung von Kohle zu fordern (und was sagt sie wohl zu 160 000 Bergarbeitern, die sich dafür drei Monate lang schlugen?). Stattdessen organisierte die SWP „Unterstüt-

zungskoalitionen" wie die in Los Angeles, die Gewerkschaftsresolutionen verfaßten, in denen „Präsident Carter und unsere gewählten Vertreter aufgerufen werden, auf die Unternehmen der BCOA (Unternehmerverband der Bergwerke) Druck auszuüben, damit sie die gerechten Forderungen der Bergarbeiter um ihrer Menschenrechte willen erfüllen".

Und in der Tat hat sich die SWP die Gewerkschaften ausgesucht, um zu beweisen, wie fähig sie ist, Streiks durch Aktionen zu brechen, die sie auf frappierende Weise mit denen der Stalinisten verband. In dem Augenblick, wo die gesamte Arbeiterklasse den Bergarbeiterstreik mit großer Anteilnahme verfolgte, hat die Exekutive der Hafenarbeitergewerkschaft (ILWU) eine Resolution verabschiedet, die zu einem 24-stündigen Solidaritätsstreik gegen das Taft-Hartley-Gesetz aufrief. Als ein Antrag in einer Gewerkschaftsversammlung in San Francisco zur Abstimmung vorgelegt wurde, diese Resolution in die Praxis umzusetzen, verbündete sich die SWP mit den Stalinisten und mit dem reaktionärsten Flügel der Bürokratie, um dagegen aufzutreten, indem sie ihn als „verfrüht", „ultralinks" und „abenteuerlich" bezeichnete. Man muß sich darüber im Klaren sein, wie außergewöhnlich ein solcher Streik heute in den Vereinigten Staaten ist, will man verstehen, daß dieser Funke zum Brand geworden wäre und das Land mit einer ganzen Woge von Solidaritätsaktionen der Arbeiterklasse überschwemmt hätte. Aber während die Stalinisten es vorzogen, sich bei diesem Antrag lieber zu enthalten als dagegenzustimmen, hatte die SWP keine Bedenken, *gegen* diesen Aufruf einer nationalen Gewerkschaft zu stimmen.

Wie es die in *Workers Vanguard* erschienenen Reportagen, die direkt vom Ort des Geschehens berichteten, offensichtlich gemacht haben, führten die Bergarbeiter diesen Streik mit einer exemplarischen Kampfbereitschaft und sahen sich des Sieges nur aufgrund des Verrats ihrer eigenen Führer beraubt. Die direkte Intervention des Staates zur Verteidigung der Bergwerkskapitalisten hat indessen erneut bestätigt, daß entscheidende Klassenkämpfe — seien sie auch noch so militant — nicht gewonnen werden können, wenn sie auf der Ebene des Syndikalismus stehen bleiben. Die Arbeiter in den Vereinigten Staaten müssen mit den bürgerlichen Parteien der Republikaner und Demokraten brechen und eine Arbeiterpartei aufbauen — keine reformistische Partei, von einer geschickteren Version von Verrätern kontrolliert als denen, die den Bergarbeitern diesen Schlag versetzt haben, sondern eine revolutionäre Partei, die entschlossen ist, für eine Arbeiterregierung zu kämpfen!

- Übersetzt nach Le Bolchevik *Nr.* 9, *Mai 1978*

Revolutionäre Stahlgewerkschafter fordern den Boykott von Streikbrecherkohle

Die folgende Resolution wurde auf der im Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung des Ortsverbandes 65 der USWA (1) (U.S. Steel Southworks) in Chicago zur Abstimmung vorgelegt:

In Erwägung, daß die UMWA **(2)** zur Zielscheibe eines gemeinen Angriffs durch die Bituminous Coal Operators Association (BCOA **(3)**) geworden ist, um die gewerkschaftliche Miiitanz in den Kohlerevieren zu brechen; und

In Erwägung, daß, wenn die BCOA, die von den Öl- und Stahltrusts beherrscht wird, mit ihrer Offensive zur Zerschlagung der Gewerkschaft Erfolg hat, dies eine vernichtende Niederlage für die gesamte Arbeiterbewegung sein wird und die Gefahr ähnlicher Angriffe auf alle anderen Gewerkschaften erhöht; und

In Erwägung, daß ein Kohle-Streik nur dann erfolgreich sein kann, wenn mit der Lahmlegung der Stahlproduktion gedroht wird und die Offensive der BCOA sich stark darauf stützt, daß die Vorratshalden sowohl im Bezirk 31 als auch anderswo kontinuierlich mit durch Importe noch zusätzlich aufgestockte Streikbrecherkohle aufgefüllt werden können; und

In Erwägung, daß diese Tatsache es erforderlich macht, daß unsere Gewerkschaft als Akt elementarer Klassensolidarität alle Kohlelieferungen an die Stahlwerke verhindert und daß der Bezirk 31 als größter und wichtigster Stahlbezirk der USWA in der Umsetzung dieser Politik die Führung übernimmt; und

In Erwägung, daß unsere Gewerkschaft zur Zielscheibe einer massiven Kampagne zur Vernichtung von Arbeitsplätzen geworden ist und U.S. Steel gerade erst vor kurzem Pläne für zukünftige Betriebsstillegungen verkündet hat, was in sehr scharfer Form die Notwendigkeit aufwirft, das ENA (4) zu bekämpfen und industrieweit gegen Entlassungen zu streiken; und

In Erwägung der engen Verbindung zwischen der Stahl- und Kohleindustrie und der Tatsache, daß die Hauptforderung der Bergarbeiter, das uneingeschränkte, tarifvertraglich verankerte Streikrecht, eine ebenso dringende Notwendigkeit für die durch das ENA geknebelten Stahlarbeiter ist, und daß die USWA und UMWA von einem gemeinsamen Feind angegriffen werden, was insgesamt auf das ungeheure Potential und die zentrale Notwendigkeit gemeinsamer Streikaktionen von USWA und UMWA hinweist; daher soll

Beschlossen werden, daß der Ortsverband 65 der USWA sowohl den Bezirk als auch die „International" (5) auffordert, sofort den Boykott aller Kohletransporte zu den Werken durchzuführen und zu forcieren und daß unsere Gewerkschaft die Eisenbahner-, Seeleute- und Hafenarbeitergewerkschaft auffordert, Kohletransporte zu stoppen; des weiteren soll

Beschlossen werden, daß der Ortsverband die international" auffordert, einen gemeinsamen Streik mit der UMWA zu genehmigen und zu organisieren, um die Forderungen der Bergarbeiter durchzusetzen, und für die Stahlarbeiter folgendes zu erkämpfen:

a) die Abschaffung des ENA und aller Zwangsschlichtungsvorschriften aus dem Tarifvertrag - für das uneingeschränkte Streikrecht,
b) die sofortige Wiedereinstellung aller entlassenen Stahlarbeiter und die Wiedereröffnung aller geschlossenen Betriebe entweder durch die Stahlgesellschaften oder durch die entschädigungslose Verstaatlichung dieser Betriebe;
c) die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und vollem Schutz gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Tom Knight, Damon Lewis

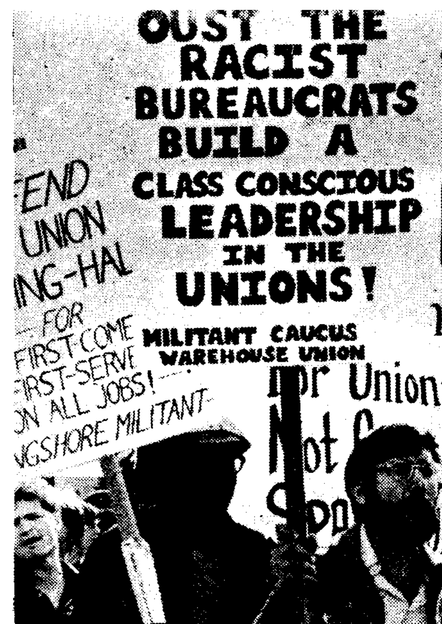
(1) **Amerikanische Stahlarbeitergewerkschaft**
(2) **Amerikanische Bergarbeitergewerkschaft**
(3) **Dach verband der Kohleindustriellen**
(5) **Antistreik-Pakt zwischen Stahlbossen und USWA**
(6) **Nationaler Gewerkschaftsverband**

Kommunistische Korrespondenz



Die Krise der proletarischen Führung

Der große US-Bergarbeiterstreik von 1978



Nach drei Monaten des schärfsten Klassenkampfes in den USA seit 30 Jahren wurde der Streik der amerikanischen Bergarbeiter Ende März beendet, ohne daß die wesentlichen Punkte ihrer Forderungen erfüllt worden wären. Die Streikenden, die im härtesten Winter durchgehalten haben, sind weder vor Taft-Hartley, dem Anti-Streik-Gesetz, noch vor der Drohung der Regierung, die Bergwerke unter Staatsaufsicht zu stellen oder die Armee hinzuschicken, zurückgewichen; aber sie wurden von ihrer eigenen Führung verraten. In Schlüsselfragen wie Krankenversorgung und Betriebsrenten stellt der Tarifvertrag für die Bergarbeiter einen Rückschritt im Vergleich zu dem bereits ausgelaufenen und gleichermaßen verrotteten Vertrag dar, der drei Jahre lang wilde Streiks hervorgerufen hatte. Durch ihre Kampfkraft konnten die Bergarbeiter verhindern, daß die Kohlebarone ihr Hauptziel erreichen, nämlich Klauseln zum Bestandteil des Vertrages zu machen, die den Kohlekapitalisten die Macht geben würden, Streikende und Streikführer zu entlassen und zu bestrafen; aber da die Schiedskommissionen und das Arbeitsgericht ihnen diese Macht geben, haben die Bergarbeiter tatsächlich immer noch nicht das Streikrecht, das in diesem gefährlichen Industriezweig von besonders lebensnotwendiger Bedeutung ist.

Die Bergwerksbosse versuchten vor allem, durch Zerschlagung der Kampfkraft und der Tradition einer mächtigen Klassen Solidarität unter den Bergarbeitern die Produktivität" aufrechtzuerhalten. Wer den Film „Harlan County" gesehen hat, kennt die Tradition der Bergarbeiter, mit wilden Streiks auf die erbärmlichen Sicherheitsbedingungen und auf die Angriffe der Bosse zu antworten, und vor allen Dingen ihre unerschütterliche Verteidigung der Losung: „Man durchbricht nie eine Streikpostenkette". Aufgrund dieses Prinzips genügt bereits ein einziger Streikposten, um ein gesamtes Bergwerk zu schließen. Gerade weil die Verteidigung von Streikposten durch die Bergarbeiter eine mächtige Waffe ist, die dazu führt, daß ein Streik die Produktion lahmlegt, hat der Verband der Kohlekapitalisten seine Angriffe auf das Ziel konzentriert, diese Tradition des Klassenkampfes zu untergraben.

Im Verlauf dieses Streiks ist es Arnold Miller, dem „demokratischen" Führer der Bergarbeitergewerkschaft, dessen Ruf als Streikbrecher nichts mehr hinzuzufügen war, nicht schwer gefallen, sich vollständig zu diskreditieren. Miller machte sich zum offenen Agenten der Zerstörung der Gewerkschaftskampfkraft, indem er sich für Sanktionen gegen wilde Streiks und Entlassungen von Streikposten aussprach. Erst die Unterzeichnung von drei Verträgen und die Tatsache, daß Miller 4,5 Millionen Dollar Streikunterstützung, die von anderen Gewerkschaften gespendet worden waren, nicht ausgezahlt hatte, konnten schließlich eine Mehrheit von völlig erschöpften Bergarbeitern davon überzeugen, daß sie nichts Besseres von ihrer verrotteten Führung erwarten konnten. Gegenstand unzähliger Petitionen, die seine Entlassung fordern, ist Miller augenblicklich vielleicht der meistgehaßte Bürokrat in den Vereinigten Staaten, und er kann sich heute ohne seinen 38er Revolver und seine Leibwächter nicht mehr vor die Tür wagen.

Miller stellt einen neuen Bürokratentyp dar, den die Bourgeoisie versucht, in die Gewerkschaften einzuführen, um sie besser unter Kontrolle zu bekommen und die verkalkte Bürokratie zu reformieren. Die Kampagne, mit der

Fortgesetzt auf Seite 20